



PROTOKOLL

DER 8. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort	Donnerstag, 13. Dezember 2007 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall	18.30 – 21.45 Uhr
Präsenz	19 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident 5 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin	
Vorsitz	ER-Präsident Rolf Forster (SVP)	
Entschuldigt	ER Albert Gysin (SVP)	
Protokoll	Das Protokoll der 7. Sitzung vom 8. November 2007 hat im Ratsbüro zirkuliert. Es liegen keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.	
Mitteilungen	Keine	
Neueingänge	<ul style="list-style-type: none"> - Beantwortung Kleine Anfrage Beat Gruber (CVP) betreffend Lärm-Situation an der Zollstrassenunterführung - Beantwortung Kleine Anfrage Ernst Schläpfer (SP) betreffend die roten Markierungen für Velos - Bericht und Antrag betreffend Teilnahme der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 	
Offene Geschäfte	<ul style="list-style-type: none"> - Volksmotion "Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk" - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Moratorium für Bewilligung von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GMB/UMTS - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Förderbeiträge für den Einsatz von Minergie-Standard oder erneuerbare Energie beim Bau oder Umbau von Wohnraum - Postulat Willi Josel (SVP) betreffend Alternativen zum Trolleybusbetrieb 	



- Traktandenliste**
1. Bericht und Antrag betreffend Attraktivierung und Verkehrsberuhigung Ortszentrum
 2. Bericht und Antrag betreffend Revision der Bestattungs- und Friedhofverordnung
 3. Postulat Ueli Furrer (ÖBS) betreffend Errichtung einer Grabstätte mit Gemeinschafts-Namensplatte
 4. Nachtrag zum Budget 2008: Bericht und Antrag betreffend Gehaltsrahmen 2008
 5. Bericht und Antrag betreffend Nachtragskredit Neubau Alterspflege- und Betreuungszentrum Rabenfluh
 6. Bericht und Antrag betreffend Deutsch für Mütter, Integrationskurse in der Schule Neuhausen am Rheinfall
 7. Beantwortung Interpellation Ueli Furrer (ÖBS) betreffend Baustelle Zollstrasse: Untauglicher Fussgängerübergang
 8. Wahlen für den Rest der Amtsdauer 2005 - 2008:
 - a) eines Mitglieds der Bürgerkommission
 - b) einer Stimmzählerin / Stimmzähler
 9. Wahlen für das Jahr 2008:
 - a) der Präsidentin / des Präsidenten 2008
 - b) der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten 2008

Die geänderte Traktandenliste (Traktandum 5) wird genehmigt und lautet deshalb wie folgt:

- Traktandenliste
neu**
1. Bericht und Antrag betreffend Attraktivierung und Verkehrsberuhigung Ortszentrum
 2. Bericht und Antrag betreffend Revision der Bestattungs- und Friedhofverordnung
 3. Postulat Ueli Furrer (ÖBS) betreffend Errichtung einer Grabstätte mit Gemeinschafts-Namensplatte
 4. Nachtrag zum Budget 2008: Bericht und Antrag betreffend Gehaltsrahmen 2008
 5. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Nachtragskredit Neubau Alterspflege- und Betreuungszentrum Rabenfluh
 6. Bericht und Antrag betreffend Deutsch für Mütter, Integrationskurse in der Schule Neuhausen am Rheinfall
 7. Beantwortung Interpellation Ueli Furrer (ÖBS) betreffend Baustelle Zollstrasse: Untauglicher Fussgängerübergang
 8. Wahlen für den Rest der Amtsdauer 2005 - 2008:
 - a) eines Mitglieds der Bürgerkommission
 - b) einer Stimmzählerin / Stimmzähler
 9. Wahlen für das Jahr 2008:
 - a) der Präsidentin / des Präsidenten 2008
 - b) der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten 2008



ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Ich begrüsse Sie und eröffne die 8. Sitzung und gleichzeitig die letzte Sitzung in diesem Jahr.

In Anbetracht meiner letzten Sitzung als Einwohnerratspräsident möchte ich noch einige Worte an Sie richten.

An 8 Sitzungen durfte ich im Jahr 2007 die Geschäfte des Einwohnerrates führen. Diese interessante Aufgabe habe ich mit Freude und Genugtuung vollbracht. Auch wenn nicht immer alles so lief, wie ich es mir vorgenommen habe, darf ich sagen, dass ich sehr viel gelernt habe. Aber eben, wenn man die Führung etwas beherrscht, muss man sie wieder loslassen. Politisch sind während meiner Amtszeit einige wichtige Brocken für die Zukunft Neuhausens gefallen. Der Bau der Unterführung Zollstrasse, die für die Einwohner in der Nähe der Baustelle ein grosse Belastung ist. Nur mit viel Geduld kann die nächste Zeit noch ertragen werden. Dafür werden wir mit einem schönen Bauwerk belohnt und durch diese neue Verkehrsführung wird es weniger Staus an der Zollstrasse geben. Der Kreisel Scheidegg und Ochsenplatz hat für die Verkehrsteilnehmer positive Veränderungen mit sich gebracht. Weiter steht die Attraktivierung und Beruhigung des Ortszentrums bevor. Das in der heutigen Sitzung auf der Traktandenliste steht und hoffentlich vom Einwohnerrat positiv aufgenommen wird. Das letzte Wort haben dann die Einwohner. Auch die Übernahme der Pflumm Multikomponentendeponie ging ereignislos über die Bühne. Verschiedene Verordnungen wie Feuerwehrverordnung, Bestattungs- und Friedhofsverordnung sowie Fondsverordnung wurden erfolgreich abgeschlossen. Als noch nicht erledigt scheint mir die Frage des Trolleybusses, dass durch die Verzögerung der Stadt noch keine Lösung gebracht hat. Als Präsident des Einwohnerrates habe ich viele Einladungen erhalten, die ich gerne angenommen habe. So haben mich viele Erlebnisse bei verschiedenen Besuchen tief beeindruckt. Sei es beim Besuch einer Schulklasse, in der Kinderkrippe, bei diversen Vereinen, bei der Vorbereitung zur Einbürgerung wie auch Einbürgerungsfeier, Jungbürgerfeier und Neuzuzügerfeier. So habe ich viele nette Menschen und Familien kennen gelernt. Eine besondere Ehre war für mich die Teilnahme an der Ehrenbürgerfeier von Frau Vreni Frauenfelder. Meine Damen und Herren, ich möchte mich beim Gemeinderat, bei der Gemeindeschreiberin, bei der Aktuarin sowie beim Einwohnerrat bestens bedanken für die grosse Unterstützung, die Sie mir in diesem Jahr entgegengebracht haben. Auch die wohlwollende Berichterstattung. Herzlichen Dank. Ein grosses Dankeschön an meine rechte Seite. Ich denke Ihnen allen.



ER August Hafner (SP)

Ich stelle Ihnen den Antrag, das Geschäft unter Traktandum 5 Bericht und Antrag betreffend Nachtragskredit Neubau Alterspflege- und Betreuungszentrum Rabenfluh von der Traktandenliste abzusetzen. Dieser Antrag erfolgt aus rein juristischen Gründen, denn nach unserer Finanzkompetenzordnung kann ein vom Volk gewilligter Kredit, und diese 13.9 Mio. haben dann zumal der Volksabstimmung unterstanden, nur vom Volk erhöht werden. Eine solche Erhöhung wäre dann nötig, wenn da eine grosse Kostenabweichung absehbar wäre, die sich während der Bauzeit ergibt. Das ist hier meines Erachtens aber nicht der Fall. Wir reden da von gut 3 % Kostenüberschreitung, die da drohen könnte und nach meiner Auffassung ist es sicher nicht nötig für diese geringfügige Abweichung das zuständige Organ zu bemühen, das wäre dann das Volk. Auf der anderen Seite haben wir aber in dieser Sache nicht die Kompetenz, einen Nachtragskredit in diese Höhe zu bewilligen. Ich möchte es aber nicht versäumen, dem Gemeinderat meinen Dank auszudrücken, dass er uns mit einer Vorlage offen darüber informiert hat, wie sich die Kosten beim Bau des Altersheims entwickeln. Aber wir können das höchstens zur Kenntnis nehmen. Darüber abstimmen können wir nicht. Deshalb möchten wir das Geschäft von der Traktandenliste nehmen.

GR Franz Baumann

Sie haben den Antrag von ER August Hafner (SP) gehört. Wir wurden vor der ER-Sitzung von dieser Möglichkeit in Kenntnis gesetzt und haben das auch angeschaut und mit dem Kanton abgeklärt und wir haben die Aussage von ER August Hafner (SP) bestätigt bekommen. Entscheidend ist dabei und das bezieht sich auf das Gesetz über den Finanzhaushalt Artikel 26, dass wenn Ausgaben nicht mehr beeinflusst werden können – wir haben ja 99 % aller Aufträge bereits vergeben – dann ist ein Zusatzkredit nicht nötig. Allerdings haben wir eine kleine Korrektur gegenüber dem, was ER August Hafner (SP) gesagt hat. Meiner Meinung nach, sowie ich orientiert wurde, wäre es möglich im Rahmen des Einwohnerrates einen Zusatzkredit zu bewilligen. Der Antrag lautet ja von ER August Hafner (SP) und der ist auch von Meinrad Gnädinger bestätigt worden, dass da nicht nötig wäre und hier wenn der Bau fertig ist, im Prinzip die Bauabrechnung so machen und die Begründung bringen, warum die Überschreitungen zustanden gekommen sind. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag von ER August Hafner (SP) zuzustimmen.



ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wir stimmen nun darüber ab, dass wir Traktandum 5 nur zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wird mit 15 : 3 Stimmen angenommen. Das Traktandum 5 wird somit nur zur Kenntnis genommen.

GR Franz Baumann

Ich möchte Ihnen danken für diesen Beschluss. Es bekräftigt den Gemeinderat, dass Sie uns das Vertrauen schenken und wir werden versuchen, dass wenn immer möglich die Zahlen, so wie wir sie Ihnen vorgelegt haben, so nicht ausgenutzt werden, dass wir weniger Mehrkosten haben, als dass wir Ihnen jetzt beantragt haben.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Attraktivierung und Verkehrsberuhigung Ortszentrum

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Der Bericht und der Kommissionsbericht ist den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten zugestellt worden. Darf ich dem Kommissionspräsidenten, ER Ernst Schläpfer (SP) das Wort geben.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Die Kommission hat unter meiner Leitung die Vorlage in zwei Sitzungen durchberaten. Wir konnten im Voraus Fragen stellen und diese wurden zur grossen Zufriedenheit bzw. meist grossen Zufriedenheit der Kommissionsmitglieder beantwortet, so dass man danach mit gutem Gefühl die Sache durchberaten und verabschieden konnte. In der Detailberatung haben wir folgenden Änderungen angebracht. Sie finden Sie z.T. auch auf Seite 2 des Kommissionsberichtes. Wir haben einen Fussgängerstreifen weggelassen und wir haben angeregt, dass man die Parkplätze auf der Seite des Pfarrhauses auf die andere Seite verlegen soll. Sie haben den Brief heute bekommen. Wir waren nicht zufrieden mit der Änderung des Gestaltungskonzepts "Wasser". Wir konnten nicht sehr viel damit anfangen im Vergleich zur ersten Kommission mit einem sehr schönen Gestaltungskonzept. Wir haben die Trinkbrunnen abgesetzt und wir haben gesagt, dass man wenigstens ein Element Wasser ins Gestaltungskonzept integrieren sollte. Wir können nicht mehr alle in den gleichen Kredit packen. Aber wenigstens ein Element. Wir haben den Gemeinderat beauftragt ein zusätzliches Wasserelement einzuführen. Eine grosse Diskussion hat die Fahrleitungsdiskussion der Fahrlinie 1 hervorgerufen. Man hat in einer neuen Kostenschätzung gemerkt, dass man wahrscheinlich Fr. 80'000.00 mehr ausgeben muss und hat entsprechend den Kredit wie er in der Vorlage war um die Fr. 80'000.00 erhöht. Nun möchte ich Ihnen einfach noch mitgeben als Kommissionspräsident, wenn Sie nun die Vorlage anschauen. Es ist eine sehr komplexe und sehr schwierige Vorlage und ich glaube jeder von uns könnte irgendetwas finden, was ihm nicht passt in dieser Vorlage und man kann natürlich mit Detailsänderungswünschen die ganze Vorlage blockieren. Das wäre aus meiner Sicht als Kommissionspräsidenten ausserordentlich schade und weil wir uns doch ein bisschen danach sehnen, dass das Ortsbild von Neuhausen massiv aufgewertet wird. Die Kommission hat den Kredit mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, bewilligt resp. empfiehlt Ihnen mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, dem neuen Kredit zuzustimmen. Die Enthaltung richtet sich gegen die



unbefriedigenden Situation der Buslinie 1. Der Bericht über die gebundenen Kosten d.h. der zweite Antrag wurde in der Kommission mit 7 : 0 Stimmen zur Kenntnis genommen und man empfiehlt Ihnen das auch. Die SP Fraktion als solche, das darf ich Ihnen auch noch bekannt geben, ist im Grundsatz mit diesem Geschäft einverstanden, hat aber noch Mühe mit dem Gestaltungselement Wasser, den Ersatz für die Trinkbrunnen. Sie werden noch zusätzliche Fragen stellen. Falls man diesen Punkt nicht befriedigend beantworten könnte, stelle die Mehrheit der Fraktion einen Antrag auf Rückweisung.

Eintretensdebatte:

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die Neugestaltung des Ortszentrums ist seit Jahren ein Dauerbrenner. Im wesentlichen geht es ja darum, einerseits den Verkehr zu verlangsamen und die Zentralstrasse und die Wildenstrasse zu entlasten. Andererseits soll das Dorfzentrum attraktiviert werden. Heute wird das Zentrum vom Durchgangsverkehr missbraucht und zusätzlich von Rasern belästigt und verunsichert. Somit wird der Aufenthalt im Ortszentrum für Einheimische wie auch Touristen völlig unattraktiv. Das hat natürlich negative Folgen für das ansässige Gewerbe. Das Lädelerben und ein ständiger Wechsel von Besitzern ist beinahe zum Alltag geworden. Das nun vorliegende Projekt erachten wir als gut, ausgewogen und ist der richtige Schritt für die Verbesserung des Ortszentrums. Es nimmt gerade im Bereich des Verkehrs auf alle Beteiligten Rücksicht. Der Kostenvoranschlag des Bauprojektes liegt gegenüber des Vorprojektes um über 22 % höher. Also Fr. 3.2 Mio. Das ist nun wirklich ein Pappenstil und liegt unseres Erachtens wirklich am oberen Limit einer tolerierbaren Bandbreite. Das Gestaltungskonzept Wasser konnte nicht vollends überzeugen. Die Diskussion in der Kommission zu diesem Thema habe ich nicht als sehr kreativ erlebt. Jeder Vorschlag oder jede Idee von den Kommissionsmitgliedern wurde sofort von den Projektleitern mit dem Argument der Kosten oder nicht machbar, gebodigt. Ich fühlte mich in diesem Moment nicht ernst genommen. Die Kommission hat dann den Gemeinderat beauftragt ein zusätzliches Element Wasser vorzunehmen. Die CVP steht nach wie vor hinter dieser Entscheidung und hat das Vertrauen in den Gemeinderat. Er wird es schon richtig machen. Noch in letzter Minute haben wir vom Bausekretär die Meldung erhalten, dass die Entscheidung mit der Versetzung der Parkplätze nicht umsetzbar ist. Auch hier dünkt mich, hat die Projektleitung nicht eine überzeugende Arbeit geleistet. Aber auch diesem Antrag werden wir zustimmen. Es dürfen keine



Parkplätze verloren gehen. Wie Sie aus dem Kommissionsbericht entnehmen konnten, hat es bei der Schlussabstimmung eine Stimmenthaltung gegeben. Ich oute mich. Der Grund ist ja wahrscheinlich jedem klar. Die Kosten von nur Fr. 380'000.00 sollen nicht einfach bewilligt werden ohne zu wissen, wie es mit dem Trolleybus weitergeht. Diese Kröte werden wir so nicht schlucken. Das haben wir bereits an der Einwohnerratssitzung vom 8. Juli 2007 so bekannt gegeben. Wir werden auch einen entsprechenden Antrag dazu stellen. Die CVP wird auf die Vorlage eintreten.

ER Willi Josel (SVP)

Neuhausen hat ein grosses Investitionsvolumen bereits jetzt. Wir haben die Auswirkungen beim Finanzplan gesehen und trotzdem sind wir der Meinung, dass die Attraktivierung des Ortszentrums dringend nötig ist. Wir haben auch vor der Sitzung gehört, dass die Agglomeration aufgewertet werden soll und ich sehe das auch als einen Teil des Weges, der in den nächsten Jahren gegangen wird. Viele jammern, aber wenn man jammert, dann muss man auch etwas tun und wir denken, dass diese Massnahmen im Grunde genommen richtig und wichtig sind. Natürlich gibt es auch Details, die uns z.T. Kopfzerbrechen machen und z.T. kleinere Dinge. Beim Kopfzerbrechen geht es um die Kröte, die bereits erwähnt wurde. Wir sind mit der Tatsache, dass hier Geld gebunden werden soll, ohne dass eine Entscheidung über die Traktionsart gefallen ist, nicht einverstanden. Auch wir haben vor, hier einen Antrag zu stellen. Wenn sich unser Antrag mit demjenigen der CVP deckt, werden wir unseren nicht stellen. Die SVP wird auf die Vorlage eintreten und ihr mit gewissen Änderungen auch zustimmen.

ER Markus Anderegg (FDP)

Wir sprechen hier über ein entscheidendes Projekt für Neuhausen. Ein entscheidendes Projekt darum, weil das Zentrum eigentlich noch der Anstoss im weitestens Sinne ist. Ich höre viel die Kritik, dass das Zentrum von Neuhausen eigentlich sehr wenig hergibt, vernachlässigt ist oder schlicht und ergreifend "grusig". Diesem Umstand können wir mit diesem Projekt eine Neugeburt des Zentrums verleihen, wenn wir das Dornrösschen wach küssen. Auch die FDP hat natürlich die Kosten schräg angeschaut. Aber die FDP ist der Meinung, dass Geld müsste als Vorinvestition ausgegeben werden, dass die Geschäfte in Neuhausen wieder ins Florieren kommen. Das Bild wird sich mit diesen einfachen Massnahmen total ändern. Dass das Strassenniveau sich nicht



mehr gross in der Höhenlage mit dem Trottoir unterscheidet. Es sind nur noch ca. 3 bis 5 cm. D.h., dass die Platzgestaltung zwischen den Häusern optisch viel breiter zu wirken beginnt. Dass der gleiche Belag sich durchzieht und dass das ein einfacher Belag ist verstärkt ist Ausdruckskraft dieser Gestaltungsidee. Vielfach wird bei solchen Gestaltungen zuviel des guten gemacht. Es wird mit Beleuchtung, Mobilierung und Wasserspielen und obwohl auch ich der Meinung bin, dass hier noch vermehrt das Augenmerk darauf gehalten werden muss. Man kann auch zuviel tun und das ist dann der guten Sache abträglich. Ich möchte etwas warnen, nicht zuviel zu tun. Das wird nicht besser. Sie hören aus meinen Worten, dass wir von dieser Vorlage überzeugt sind und finden es wichtig, obwohl es auch sehr viel kostet, aber es ist sicher auch damit zu rechnen, dass diese Kosten wieder durch besser florierenden Geschäfte rückgespielt werden können. Die FDP ist für Eintreten und wir sind gespannt auf die Fragen in der Detailberatung.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS ist ebenfalls grundsätzlich und mit Überzeugung für die Gestaltung des Ortszentrums und die Attraktivierung ist wichtig. Zwei Dinge in der Detailberatung möchte ich noch gerne wissen. Einige Fragen zu den Parkplätzen und zum Element Wasser und Grün ist auch sehr wichtig. Mir ist auch sehr wichtig, dass das Element Wasser verstärkt dargelegt wird. Wenn ein Bus Abgase den Flanierern ins Gesicht bläst, dann ist die Attraktivierung sehr stark gefährdet. Deshalb ist für die ÖBS unabdingbar, dass der Trolleybus weiterhin durch das Zentrum fährt.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme der Vorlage, die auch von der Kommission verabschiedet wurde. An dieser Stelle auch der beste Dank an die Kommission. Ich hatte den Eindruck, dass seriös und gut gearbeitet wurde und dass die richtigen Fragen gestellt wurden und ich kann Ihnen versichern, dass wir Sie alle stets ernst genommen haben. Wenn jemand einen anderen Eindruck hatte, das bedauere ich dies. Das kommt eigentlich auch nicht aus den Kommissionsberichten so heraus und wurde auch an den Sitzungen so nicht artikuliert. Ich werde gerne versuchen, die von den verschiedenen Fraktionen angetönten Fragen in der Detailberatung zu beantworten soweit mir dies möglich ist. Ich bin auch kein Fachmann in allen Punkten, aber ich warte mal gespannt ab, was in der Detailberatung für Fragen kommen werden. Zur CVP, es ist richtig, dass die Kosten höher sind. Wir haben aber in der Botschaft Bericht und Antrag ausdrücklich erwähnt, woher dass



das kommt. Auf der Seite 8. Und das hat natürlich ein Vorprojekt an sich, dass nicht im Detail alles gerechnet wurde. Wir hatten dort eine Unsicherheit von +/- 20 %. Jetzt sind wir einfach bei den + 20 % gelandet. Man darf nicht davon ausgehen, dass Kosten, die in einem Vorprojekt ausgewiesen werden am Schluss auch beim Bauprojekt 1 : 1 übernommen werden können. Es ist deshalb meines Erachtens nicht richtig, wenn jetzt gesagt wird, die Kosten seien viel höher, als beim Vorprojekt, sondern wir haben jetzt einen genaueren Kostengenauigkeitsgrad. Das ist eigentlich das Entscheidende. Namentlich die Elemente Begrünung, die einen wichtigen Teil des Projekts ausmachen, führen natürlich zu einer starken Erhöhung der Kosten aber auch die Ausstattung und die Geräte und insbesondere die öffentliche Beleuchtung, die offenbar stets unterschätzt wird in den Vorprojekten kommen jetzt mit den richtigen Zahlen ins Bauprojekt hinein. Nicht nur von der CVP wurde gesagt, das Element Wasser sei zuwenig ausgearbeitet. Die SP will gar das ganze Projekt zurückweisen, wenn heute abend nicht detailliert aufgeführt wird, was da gemacht werden kann. Ich bitte Sie einfach im Ganzen die Relationen zu sehen. Wir sprechen von Fr. 3.3 Mio. und das Wasserelement macht gesamthaft etwa Fr. 100'000.00 und davon sind rd. Fr. 70'000.00 für den Brunnen im Bereich des Gemeindehauses bei der Haltestelle dort und dann bleiben noch ca. Fr. 20'000.00 übrig und dann sehen Sie, welchen Spielraum wir überhaupt haben. Das mag Ihnen auch erklären, weshalb nicht jede Idee in der Kommission gekommen ist, was man alles machen könnte, was mit diesen Fr. 20'000.00 nicht zu befriedigen war. Es war nicht böser Wille, denn der Gemeinderat ist auch der Ansicht, dass wir das Ganze nicht überladen dürfen. Wir sind finanziell wirklich am oberen Limit, was wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unterbreiten wollen. Der Gemeinderat ist aber sehr offen für Vorschläge. Er wird sich sicher auch in der Realisierung damit befassen, was wir konkret zusätzlich machen können als Wasserelement. Dabei dürfte dann auch der Brunnen nochmals sehr genau angeschaut werden im Bereich des Gemeindehauses. Muss der wirklich Fr. 70'000.00 kosten oder könnte man da vielleicht noch etwas einsparen um etwas Geld freispielen zu können für ein anderes Wasserelement. Die Realisierung ist dringend notwendig. Ich würde sogar einen Schritt weitergehen, von mir aus gesehen ist dies ein Schlüsselprojekt. Wenn wir dieses Projekt nicht realisieren können, dann werden wir uns in den nächsten Jahren nicht in die Hängematte legen können, aber wir werden ein Flickwerk machen müssen. Den grossen Wurf, den wir Ihnen hier unterbreiten, erlaubt uns dagegen etwas in einem Guss zu machen, das stimmig ist in sich. Das Jung und Alt in Neuhausen am Rheinfall etwas bringt. Das für die notwendige Verkehrssicherheit sorgt, aber dennoch die emotionale Stimmung schaffen wird, dass man sich hier Wohl fühlt im Zentrum von Neuhausen am Rheinfall. Dass man gerne hier einkaufen geht. Das denke ich, ist das Entscheidende, um die Strukturkrise des Detailhandels zu bekämpfen, aber auch weitere Aspekte, wie Vandalismus und Kriminalität. Dort wo wann eben leerstehende Gebäude und Läden



hat, gibt es immer wieder Besucher, die wir nicht unbedingt bei uns haben wollen. Die Traktionsfrage der Linie 1 hätte ich natürlich auch gerne rasch gelöst gehabt. Der Gemeinderat hat alle erforderlichen Schritte unternommen. Sie wissen, wieso es nicht dazu gekommen ist, dass wir heute einen Entscheid haben. Der Stadtrat hat sich in seiner Mehrheit dazu entschieden nicht sofort zu entscheiden, sondern eine Ergänzungsstudie zu machen. Der Gemeinderat hat sich dem angeschlossen und wir werden deshalb noch etwas Zeit benötigen. Das Projekt ist im Kern aber so stark, dass wir es realisieren können, ob wir mit einem Autobus auf der Zentralstrasse fahren oder mit einem Trolleybus. Es ist klar, dass wir im Detail dann nochmals gewisse Punkte anschauen müssen z.B. die Kronenform der Bäume sieht natürlich anders aus, wenn wir einen Trolleybus haben als wenn wir keinen Trolleybus haben, aber die Kernelemente können wir realisieren mit oder ohne Trolleybus. Etwas überrascht hat mich die Idee der CVP betreffend der 4 Parkplätze, die verschoben werden sollen. Es braucht natürlich gewisse Zeit, um von den Ingenieuren das abklären zu lassen. Kann man das technisch machen oder nicht? Es war uns natürlich bestens bekannt, dass Herr Erni dort noch aus seiner Liegenschaft herausfahren will und deshalb war das nicht so einfach. Wir haben das aber wirklich aufgenommen und das zeigt, wie Ernst wir die Kommission genommen haben. Wir haben das prüfen lassen. Das braucht einfach eine gewisse Zeit. Ich finde es eigentlich schade, dass jetzt der Vorwurf kommt, die Projektleitung habe im jeweiligen Punkt nicht konsequent gehandelt. Wir haben konsequent gehandelt. Wir haben den Auftrag der Kommission aufgenommen. Werden Ihnen aber heute abend beantragen auf den Entscheid der Kommission zurückzukommen und die Parkplätze wieder zum Parkhaus zurückzuverlegen. Die ÖBS hat zu Recht gesagt, das Element Grün ist wichtig und das ist das tragenden Element des Vorschlages. Das wird auch prägend sein für die Zukunft. Neuhausen am Rheinfall wird im Zentrum klar grüner werden. Vielleicht nicht politisch aber ganz sicher biologisch. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich werde für diese Vorlage kämpfen. Ich finde es eine gute Vorlage, für die es sich lohnt einzustehen. Es lohnt sich einen erheblichen Betrag einzusetzen, aber ich bin auch der Ansicht wir müssen heute handeln, damit wir alle davon profitieren können. In diesem Sinne danke ich Ihnen, dass Sie auf die Vorlage eintreten und bin gespannt auf die Fragen in der Detailberatung.



ER Peter Schmid (SVP)

Ich möchte kurz auf die Situation der jetzt projektierten Fussgängerstreifen zu sprechen kommen. Im schweizerischen Strassenverkehrsgesetz steht in der Verordnung vom 28. September 2001 über Tempo 30 Zonen Artikel 4 Absatz 2 "die Anordnung von Fussgängerstreifen ist unzulässig. In Tempo 30 Zonen dürfen jedoch Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger es erfordern, namentlich bei Heimen." Ich möchte verhindern, dass diese gelben Zebras irgendwann wieder entfernt werden müssen, wie diese roten Markierungen.

ER August Hafner (SP)

Ich oute mich als derjenige aus der SP Fraktion, der allenfalls einen Verschiebungsantrag gestellt hätte, wenn keine guten Auskünfte gekommen wären zum Element Wasser. Ich habe heute jetzt zum ersten Mal gehört, auch die Kommissionsmitglieder wussten das nicht, dass Fr. 100'000.00 für Wasser reserviert waren. Ich habe auch gehört, dass ca. Fr. 70'000.00 der Brunnen vor dem Gemeindehaus kosten würde und dass dann noch rd. Fr. 20'000.00 zum Gemeinderat gegangen wären und der dann quasi in eigener Kompetenz für das Element Wasser hätte investieren können. Ich stimme Ihnen zu, dass wir wegen diesem Betrag sicher keinen Eiertanz machen werden. Ich bin jetzt aber doch der Meinung, ohne Absprache mit den anderen, wenn da beim Brunnen eingespart werden könnte, dann wäre eine Verbesserung des anderen Elements möglich, dann soll das der Gemeinderat tun.

GP Stephan Rawlyer

Der Gemeinderat ist der Ansicht und er hat sich auch schon mehrfach in diese Richtung geäußert, dass die besonderen Voraussetzungen für einen Zebrastreifen vorhanden sind. Wir haben hier das Kirchackerschulhaus. Wir haben sehr viele Schüler, die die Rheinfallhalle benützen, dann haben wir das Altersheim Schindlergut. Wir haben auch wenige Leute, aber immerhin noch Leute und Besucher des Altersheims Rabenfluh, die auch die Zentralstrasse benützen. In der Verordnung, die Sie ja zitiert haben heisst es "insbesondere". Das sind Beispiele. Der besondere Tourismus, den wir hier haben. Viele Touristen, die hier nicht kundig sind und möglicherweise gar nicht



verstehen, dass wir hier einen Rechtsverkehr haben, wie z.B. die Japaner, die sich den Linksverkehr gewöhnt sind, für diese sollte es möglich sein. Wir haben also nicht vor, den Zebrastreifen aufzumalen und dann wieder die Bodenfräse zu holen und das rückgängig zu machen. Bezüglich des Wasserelementes, wäre eine Idee von mir und ich denke, dass es mit diesem Betrag plus/minus zu erreichen wäre z.B. die Steinkugel, die auf dem Wasserfilm schwebt für Fr. 20'000.00 bis Fr. 30'000.00 zu machen. Das ist ein gutes Wasserelement und es zeigt die Kraft des Wassers. Das ist ja eine Aussage, die wir auch am Rheinfall propagieren wollen. Die Wasserkraft. Der dünne Wasserfilm, der den grossen Stein drehen kann, das wäre etwas, das ich mir vorstellen könnte. Ich bin auch der Ansicht, dass dieser Brunnen noch zu teuer ist. Der muss noch billiger werden. Dass wir mit diesem Geld z.B. so etwas machen könnten. Ich wehre mich aber im Rahmen des Bauprojekts, dass man versucht, den Bundesplatz zu imitieren. Diese Düsen in Bern finde ich eine ganz tolle Idee, aber es kann doch nicht sein, dass Bern 20 Düsen hat, die Stadt Schaffhausen hat etwa 6 Düsen und wir hier in Neuhausen machen noch etwa 3 Düsen. Das kann nicht sein. Da müssen wir eine eigenständige Sprache sprechen in diesem Bereich und ich denke, dass für diese Fr. 30'000.00 sicher etwas realisieren können und dass das etwas eigenes ist. Der Gemeinderat will etwas machen.

Detailberatung:

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Seite 4 betreffend Parkplätze

Die Kommission hat einstimmig beschlossen die Parkplätze auf die nördliche Seite der Zentralstrasse zu verlegen und nicht wie hier vor dem Pfarrhaus. Aus zwei Gründen. Der eine Grund ist, dass die Parkplätze besser und näher bei den Geschäften sind, damit die Leute, welche die Geschäfte dort besuchen wollen, nicht noch die Strasse überqueren müssen. Der andere Grund, wenn ich auf Seite 4 unten lese: "... das Pfarrhaus mit seinem blühenden Vorgarten ist ein wichtiger Bestandteil der Zentralstrasse ...", dann soll man doch diesen blühenden Vorgarten nicht hinter Autos verstecken. Nun zu meinen Fragen. Wenn ich die beiden Pläne, welche offenbar nur die Kommission erhalten hat, anschauen, warum kann ich nicht vor den Kosmetikstudio nicht noch ein weiterer Angebracht werden? Der Abstand zum Fussgängerstreifen scheint mir etwas gleich zu sein, wie er auf der anderen Seite geplant war? Warum wurde das bearbeitet durch die Hager Landschaftsarchitekten und nicht durch die Verkehrsplaner Wüst Rellstab Schmid AG, welche die



Verkehrsplanung gemacht haben. Das ist doch eine Verkehrsfrage und nicht nur eine Gestaltungsfrage?

GP Stephan Rawyler

Namens des Gemeinderates beantrage ich Ihnen wieder auf den ursprünglichen Plan zurückzukommen. Sie sehen der Abstand zum Fussgängerstreifen beim Gemeindehaus ist natürlich deutlich weiter weg als beim anderen Projekt. Das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist folgendes: Wir fanden diese Idee eigentlich gut aufgrund der Argumente, die ER Ueli Furrer (ÖBS) soeben erwähnt hat. Wieso sollte man die Parkplätze eigentlich nicht auf die andere Seite tun? Wir haben dann den Auftrag an die Firma Hager gegeben, das ganz anzuschauen. Sie haben den gestalterischen Teil gemacht und die Firma Rellstab hat den bauingenieurstrassenmässigen Auftrag. Es war immer ein Zusammenwirken dieser beiden Firmen. Am Schluss war es ein Plan von Hager aber zugrunde liegt selbstverständlich die Strassengeometrie von Rellstab. Das ist notwendig, damit wir überhaupt die Garantie haben, dass es funktioniert. Wir haben jetzt aber festgestellt, dass wir ein Problem haben mit der Einfahrt zu Liegenschaft von Herr Erni. Es ist viel zu knapp und die Parkschäden sind praktisch programmiert. Wir verlieren einen Parkplatz. Selbst wenn es möglich wären den untersten Parkplatz links noch mehr zu schieben, bleibt es dabei, dass wir einen Parkplatz verlieren. Argument zwei. Wir haben die Absicht, den Aussenraum ja lebendiger zu gestalten, dass auch gastronomische Betriebe im Aussenraum tätig werden können. Das ehemalige Blumengeschäft wurde in charmanter Weise umgebaut zu einem Café. Kommt bei jungen Leuten ausgezeichnet an und wenn wir jetzt dort praktisch in der Gartenwirtschaft drinnen einen Parkplatz haben, dann mag das vielleicht für den glücklichen Besucher, der dort hineingeht toll sein, er sieht dann immer sein Auto, aber für alle anderen ist das natürlich nicht so soll. Argument drei. Wir haben auf der ganzen Zentralstrasse, wenn wir die Parkplätze auf dieser Seite belassen, alle Parkplätze, die länger benutzt werden können auf der gleichen Seite. Bei der Post haben wir Kurzzeitparkplätze vorgesehen. Derjenige, der von der Industriestrasse her kommt und dann einlenkt in die innere Zentralstrasse, der kann immer nur auf der linken Seite parkieren. Das bedeutet, er muss die Strassenseite überqueren. Das dürfte je nach Tageszeit nicht so einfach sein und hier hätten wir die Möglichkeit, wenn wir bei der bisherigen Lösung bleiben, dass wir vier Parkplätze längs auf dieser Seite haben ohne dass der Autofahrer auf dem Platz für Alli parkieren muss. Wir können hier zwanglos den vierten Parkplatz bewahren und Herr Erni kommt problemlos in seine Liegenschaft hinein und heraus und



deshalb stellen wir den Antrag entgegen der Kommission mit dieser Anordnung weiter fortzufahren.

Der gemeinderätliche Antrag wird gegenüber dem Kommissionsantrag mit 14 : 2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen. Es gilt somit die alte Fassung

ER Willi Josel (SVP)

Seite 9, Punkt 3.3 Fahrleitungen der Buslinie 1

Wir wollen die ganze Diskussion, die wir schon mehrfach geführt haben, hier nicht nochmals führen. Die Stadt Schaffhausen fährt zu 80 % mit den an sich "günstigen" Dieselnbussen, lediglich rd. 20 % wird mit dem Trolleybus betrieben. Wir haben ein Postulat eingereicht. Es geht draum herauszufinden, welche anderen Möglichkeiten es gibt, um diesen Trolleybus zu ersetzen und um damit zu verhindern, wie wir es hier in Neuhausen jetzt gerade haben, dass wir mit Mehrkosten konfrontiert sind, die in anderen Orten, wie in der Stadt Schaffhausen eben nicht passiert. Wir wollen eben hier etwas tun und wir müssen hier auch ein Zeichen setzen. Wir sind nicht apriori gegen irgend eine Traktion, aber es muss eine sinnvoll, zukunftsgerichtete Traktion gewählt werden. Wir wollen nicht Geld verbraten, bevor irgendetwas entschieden wird. Es hat keinen Sinn Geld auszugeben, das man einfach nicht braucht und daher stellen wir Ihnen den Antrag, der wie folgt lautet:

Antrag:

Auf bauliche Massnahmen mit Kostenfolgen zu Lasten des bewilligten Kredites im Zusammenhang mit einem möglichen Trolleybusbetrieb im Ortskern ist solange zu verzichten, bis der Entscheid der Traktionsart der Linie 1 gefällt wurde und allfällige Volksabstimmungen darüber durchgeführt worden sind.

Kommt es irgendwann zum Entscheid, dass der Trolleybus angeschafft wird, dann ist es natürlich nötig, diesen Betrag hier zur Verfügung zu stellen. Unter der Voraussetzung, dass unser Antrag angenommen wird, ist die SVP für die Erhöhung dieses Kredites um Fr. 80'000.00, denn wenn es nötig wird, dieses Geld auszugeben, dann kann man es ja tun, aber wir wollen verhindern, dass



dieses Geld zu früh und umsonst ausgegeben wird und daher machen wir unsere Zustimmung zur Erhöhung von Fr. 80'000.00 davon abhängig, dass dieser Antrag oder allenfalls ein gleichartiger oder wenn sich ein besserer herauskristallisiert, angenommen wird. Ansonsten stimmen wir der Erhöhung von Fr. 80'000.00 nicht zu.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Wir werden hier auch unseren Antrag einbringen. Wir denken, er sollte etwas schlanker formuliert werden, damit ihn auch jede und jeder versteht. Unser Antrag wäre deshalb wie folgt:

Antrag:

Ziffer 1 unverändert.

Ziffer 2 neu:

Die Installation der Trolleybusleitungen darf, unter Vorbehalt der laufenden betrieblichen Erfordernisse, nur nach Vorliegen des Entscheids über die künftige Traktion auf der Linie 1 erfolgen.

Alte Ziffer 2 wird neu zu Ziffer 3.

ER Jakob Walter (SP)

Ich habe etwas Mühe, wenn ich es nicht schriftlich vor mir sehe, etwas Mühe, diese Texte genau zu verinnerlichen. Ich habe eine Frage an beide Antragsteller. Worauf läuft die ganze Sache hinaus? Heisst das, dass der Gemeinderat dieses Geld nicht ausgeben darf auch wenn es sonst gehen würde. Dann wäre es ein ziemlich starkes Misstrauensvotum an den Gemeinderat oder ist es im Klartext, dass dieser ganze Antrag zurückgestellt wird, bis der Entscheid über die Frage des Trolleybusses gefallen ist? Oder ist es nochmals etwas anderes?



ER Willi Josel (SVP)

Es ist nichts anderes. Es geht auch nicht darum, die ganze Vorlage zurückzustellen. Es geht darum sicherzustellen, dass nicht einfach Geld für den Trolleybus ausgegeben wird, dass man dann gar nicht braucht. Beispiel. Wenn jetzt irgendwelche Pflöcke in den Boden "gehauen" werden um dann die Leitungen aufzuhängen und am Schluss kann man das Ganze wieder abbauen. Das ist völlig unnötig, dass in einer solchen Situation das Geld ausgegeben wurde und damit ist das zu verhindern. Wir wollen das verhindern. Wir stimmen ja dem Kredit zu, aber wir wollen endlich den Entscheid haben und bevor wir den Entscheid nicht haben, dürfen wir das Geld nicht ausgeben. Das ist unsere Absicht, nichts anderes.

ER Jakob Walter (SP)

Also im Klartext. Zurückstellung des Baus bis der Entscheid gefallen ist. Man kann ja nicht bauen und diese Drähte werden ins Nichts gehängt.

GP Stephan Rawyler

Ich beantrage Ihnen beide Anträge abzuweisen und zwar aus folgenden Gründen. Der Gemeinderat hat sich mit dem Stadtrat darüber geeinigt, dass die Ergänzungsstudie gemacht werden soll. Da wurde dieser Tage neben dem Unternehmen Infrac, das die Ergänzungsstudie machen soll ein hochkarätiger Beirat ernannt, indem z.B. der Direktor der VBZ aber auch der Stadtpräsident wird darin sein. Es werden Trolleybusfreunde darin Einsitz nehmen. Das Spektrum ist breit und die Diskussion wird sich darauf konzentrieren, was soll die Ergänzungsstudie wirklich zeigen? Sind alle Felder wirklich abgedeckt worden, die geprüft werden müssen z.B. von der Ökologie und von der Ökonomie her. Ist die Basis geschaffen, dass wirklich ein Entscheid getroffen werden kann. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat auch mitgeteilt, dass er erwartet, dass vor den Sommerferien 2008 der Entscheid getroffen ist. Wir gehen davon aus, dass auch der Stadtrat ein vehementes Interesse daran hat, dieser Frage nicht noch länger köcheln zu lassen sondern dass nun wirklich ein Entscheid gefällt werden muss. Ob man zum Ergebnis Dieselbus kommt oder Gasbus oder Trolleybus oder noch etwas Viertes ist heute noch offen. Die Fr. 380'000.00, die Ihnen der Gemeinderat beantragt unter dieser Titel setzen sich aus zwei Komponenten zusammen. Fr. 180'000.00 bis ca. Fr. 200'000.00 kostet der Ersatzverkehr während



der Bauzeit. Die VBSH gehen davon aus, dass während der Bauzeit mit dem Trolleybus gefahren werden kann. Da müssen wir auf jeden Fall Leitungen umlegen, das wird nicht anders gehen. Das wird im Bereich Fr. 180'000.00 bis Fr. 200'000.00 kosten. Ungefähr gleich viel dürfte das Anmieten von Gelenkautobussen kosten. Wir können nicht mit Standardbussen auf der Linie 1 fahren und die VBSH haben keine genügende Anzahl von Gelenkautobussen. Also müssen wir diese in der Schweiz zusammenmieten. Diese Kosten fallen so oder so während der Bauzeit an. Die restlichen Kosten ist dann der Betrag, den es braucht um die Leitungen definitiv zu installieren und da bin ich der Ansicht, wir sollten die Vorlage nicht mit der Trolleybusvorlage verwickeln sonst werden die Befürworter des Trolleybusses sagen, ja die Sache ist mir zu Unklar, wenn das Geld nicht gesprochen wird. Den Gegnern andererseits kann ich aber versichern, wir geben natürlich nicht vorher Geld aus, bevor nicht klar der Entscheid gefällt ist oder sich der Entscheid eindeutig abzeichnet. Also wenn sich bereits in dieser Ergänzungsstudie abzeichnet, dass der Trolleybus die Traktionsart der Zukunft ist, dann gibt es natürlich keine Volksabstimmung, denn dann müssen wir den Betrag nicht ergänzen. Dann gibt es höchstens eine Orientierungsvorlage an Sie aber es bleibt alles beim Alten. Die Situation ist vielleicht auch technisch nicht ganz so kompliziert wie bei der Zollstrasse. Die technischen Herausforderungen sind natürlich schon etwas anders hier bei einer Strasse wie bei einer Unterführung bezüglich der Masten. Von dort her versichere ich Ihnen, wir werden sicher nicht unnötig Geld ausgeben. Das haben wir bereits der Kommission mitgeteilt. Wir werden in der Botschaft einen Passus aufnehmen, in dem es ausdrücklich heisst, wir werden dieses Geld nur für den Trolleybus verwenden und für nichts anderes und nicht dass es dann plötzlich eine Verteuerung der Ausstattungselement gibt. Dieses Geld darf nur für den Trolleybus verwendet werden. Gibt es keinen Trolleybus, dann gibt es eine entsprechende Reduktion der Kosten. Aber wie gesagt, diese sind nicht Null, denn während der Bauzeit müssen wir so oder so etwas machen. Ich bitte Sie deshalb, entsprechend dem Antrag der Kommission, diesen Betrag hier um Fr. 80'000.00 heraufzusetzen und dem zuzustimmen und die beiden Anträge der CVP und der SVP abzuweisen.

ER Willi Josel (SVP)

Es wurde jetzt gesagt, dass in der Vorlage dann etwas drinnen steht. Ich unterstelle dem Gemeinderat keine böse Absicht, aber ich kann doch meinen Antrag nicht zurückziehen, wenn man sagt, irgendwann wird dann irgendetwas drinnen stehen. Ich denke, so können wir nicht politisieren. Uns nur auf Versprechungen verlassen und nicht genau wissen, was da dann wirklich drinnen steht. Dann können wir im Prinzip auch aufhören, Vorlagen zu erstellen und nur sagen, ja,



Ihr macht es dann ja schon recht. Ich denke, wir sollten hier so weiterfahren. Wenn der Entscheid Trolleybus ja steht, dann wird das Geld von uns auch bewilligt. Nochmals, wenn der Entscheid anders aussieht, dann kann es nicht sein, dass wir unnötig Geld ausgeben. Machen wir die Massnahmen, die möglich sind, die aber nichts mit dem Trolleybus zu tun haben und wenn der Entscheid dann kommt, dann kann man diese Sache immer noch erstellen. Nochmals, ich denke wir sollten hier dabei bleiben und ich habe auch die Absicht das drinnen zu lassen wegen der Abstimmung. Ich beharre auf meinen Antrag. Ich möchte über diesen Antrag abgestimmt haben. Wenn wir verlieren, dann nehmen wir das demokratisch entgegen. Wir werden dann aber die Erhöhung um die Fr. 80'000.00 ablehnen.

GP Stephan Rawyler

Praxisgemäss hat die Kommission den Entwurf für die Botschaft bereits erhalten und dort steht unter Punkt 4.2 "Der vorgesehene Betrag von Fr. 380'000.00, basiert auf einer Offerte der Verkehrsbetriebe Schaffhausen, sollte noch vor Baubeginn feststehen, dass der Trolleybusbetrieb nicht weitergeführt wird, dann werden diese Fr. 380'000.00 nicht ausgegeben und dass sich das Projekt entsprechend verbilligen werden." Es ist nicht irgendetwas, das ich hier einfach sage, sondern die Kommissionsmitglieder haben diesen Text bereits erhalten und es ist klar, dass wir diese Botschaften jeweils nur den Kommissionsmitgliedern schicken. Normalerweise erst nach der Beratung im Einwohnerrat. Mit Blick auf die Zeit, die nun etwas drängt wegen der Festtage haben wir das bereits schon vorgenommen. Das ist also nicht irgendein Versprechen sondern das steht bereits dort.

ER Willi Josel (SVP)

Das verstehe ich nicht ganz! Wir bewilligen etwas, wir bauen das ein, machen die Pfähle für den Trolleybus, die nötig sind, wenn der Entscheid kommt und jetzt sagt man uns, wir verbauen es aber am Schluss bleiben noch Fr. 380'000.00 übrig. Wenn das Geld jetzt verlockt wird, dann ist es ausgegeben. Dann muss man dieses Geld irgendwo anders wieder einsparen. Es kann doch nicht sein, dass man sagt, wir brauchen so viel Geld um das alles zu bauen, aber wenn man das praktisch fertig gebaut hat, dann sparen wir das irgendwo ein. Das leuchtet mir nicht ein.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich habe persönlich grosse Anteilnahme für diese beiden Anträge. Heute haben nur die Kommissionsmitglieder den Text für die Abstimmung bekommen. Das habe ich auch nicht gewusst. Ich glaube, es sind nun nicht alle auf dem gleichen Informationsstand, was die Diskussion nun auch etwas erschwert. Wir haben uns intern in der FDP schon abgesprochen und mit diesem Artikel 4.2 der Abstimmungsbotschaft wird dieser Umstand, der hier angekreidet wird auch genügend abgesichert, finden wir von der FDP.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Ich bin eben der Meinung, dass es in dieser Botschaft zu wenig weit geht. Wir wollen ja, dass der Entscheid gefällt wird. In der Botschaft steht einfach, wir warten so lange, bis wir können und wenn dann noch nicht entschieden ist, müssen wir trotzdem bauen. Das ist mir unsympathisch. Wir müssen ein starkes Zeichen setzen nach Schaffhausen, dass der Entscheid nun wirklich gefällt werden sollte und deshalb halten wir an unserem Antrag fest.

ER August Hafner (SP)

Ich bin jeden Tag Trolleybusbenützer und ich möchte auch, dass das Ortszentrum möglichst rasch aufgewertet ist, wie es hier in dieser Vorlage vorgesehen ist und wenn Sie das auch wollen, dann können Sie den Anträgen der CVP und der SVP nicht zustimmen, denn das beisst sich irgendwie in den Schwanz, das geht nicht! Man kann nicht warten, bis dann definitiv feststeht, ob die Traktion Trolleybus sei oder etwas anderes. Wenn Sie das abwarten wollen, dann müssen Sie dieses Projekt zurückstellen. Das ist ganz einfach. Dann ist gewährleistet, dass der Trolleybus so lange fährt bis der Entscheid gefällt ist. Das Ortszentrum bleibt dann aber auch genau so, wie es jetzt ist und das möchte ich nicht und werde deshalb diese beiden Anträge ablehnen. Sie haben es ja auch gehört, es geht nicht um Fr. 380'000.00, sondern letztlich ist die Manipulationsmasse Fr. 380'000.00 minus Fr. 200'000.00, die müssen wir ohnehin ausgeben, wenn man mit dem Bauen beginnt um den öffentlichen Verkehr zu gewährleisten während dieser Übergangszeit. Und wir haben auch gehört, wenn man aufgepasst hat, die Fr. 200'000.00 werden auf fällig, wenn Dieselbusse gemietet werden müssen. Genau weil ich immer Trolleybus fahre, möchte ich nicht in einer kleinen Sardinenbüchse hocken. Die Trolleybusse sind jetzt schon teilweise masslos



überfüllt, deshalb müssen auch grosse Busse auf diese Linie. Also, lehnen Sie diese beiden Anträge ab und so sorgen wir dafür, dass das Projekt möglichst rasch realisiert werden kann.

GR Franz Baumann

Ich möchte nur etwas Kleines zur Erklärung sagen. Wir beginnen nicht am 1. Januar 2008 mit dem Bau. Sondern der Bau beginnt frühestens im Herbst 2008. Bis dann ist die Entscheidung gefallen. Die muss bis dann gefallen sein.

ER Willi Josel (SVP)

Was spricht dann gegen die Annahme dieses Antrages?

GP Stephan Rawyler

Sie nehmen an sich dem Gemeinderat ein griffiges Argument gegenüber dem Stadtrat aus der Hand. Wenn wir mit diesem Projekt nicht starten dürfen bis die Traktionsfrage entschieden ist, dann würde der Stadtrat sagen, ja Jungs, dann können wir ja warten. Dann warten wir doch bis 2012, dann sind die Trolleybusse abgeschrieben. Neuhausen kann offenbar warten, bis die Traktionsfrage entschieden ist. Dann warten wir nochmals 2 Jahre, dann haben wir noch einen billigen Trolleybus bis 2014, das ist immer gut. Vielleicht kommt dann etwas ganz Neues heraus und dann schauen wir mal wie Ernst es Neuhausen ist mit der Attraktivierung des Ortszentrums. Ob unser Detailhandel nochmals 7 Jahre in dieser Situation aushält, dafür möchte ich nicht einstehen müssen. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Das was Sie hier ist beantragen ist wirklich das zentrale Argument gegenüber dem Stadtrat. Wir wollen jetzt die Attraktivierung. Deshalb sind wir jetzt bereit Schaffhausen sogar einen Betrag zu bezahlen, weil die Busse noch nicht abgeschrieben sind. Darüber waren wir uns eigentlich weitgehend einig. Es ist nur die Frage, welche Traktionsart wir als Alternative machen sollen. Wenn wir Abwarten, dann wird Schaffhausen sicher nicht entscheiden. Das sage ich Ihnen jetzt schon. Das ist meine Prophezeiung. Wenn ich Stadtrat wäre, dann würde ich sicher sagen, wenn der Einwohnerrat den Gemeinderat in dieser Frage nicht stützt, dann müssen wir als Stadtrat Schaffhausen nicht entscheiden. Dann geht's aber wirklich noch relativ lange. Sie müssen entscheiden.



ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Wir haben ein verfahrenstechnisches Problem. Da die beiden Herren nicht bereits sind, Ihre Anträge zurückzunehmen. Die SVP will Ihren Antrag vor der Ziffer 1 erledigt haben und die CVP nach der Ziffer 1. Das können wir einfach nicht, denn wir müssen meiner Meinung nach diese beiden Anträge einander gegenüber stellen. Ich frage jetzt die CVP, ob man jetzt darüber abstimmen darf?

ER Christian Di Ronco (CVP)

Ja.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Über folgende Anträge haben wir zu beschliessen:

ER Willi Josel (SVP) möchte Änderungen und stellt somit folgenden Antrag:

Auf bauliche Massnahmen mit Kostenfolgen zu Lasten des bewilligten Kredites im Zusammenhang mit einem möglichen Trolleybusbetrieb im Ortskern ist solange zu verzichten, bis der Entscheid der Traktionsart der Linie 1 gefällt wurde und allfällige Volksabstimmungen darüber durchgeführt worden sind.



ER Christian Di Ronco (CVP) möchte Änderungen und stellt somit folgenden Antrag:

Ziffer 1 unverändert.

Ziffer 2 neu:

Die Installation der Trolleybusleitungen darf, unter Vorbehalt der laufenden betrieblichen Erfordernisse, nur nach Vorliegen des Entscheids über die künftige Traktion auf der Linie 1 erfolgen.

Alte Ziffer 2 wird neu zu Ziffer 3.

Die Antrag SVP wird dem Antrag der CVP gegenübergestellt und wird mit 4 : 3 Stimmen angenommen.

Anschliessend wird der Antrag der Kommission dem Antrag der SVP gegenübergestellt. Der Antrag der Kommission wird mit 12 : 4 Stimmen angenommen.

GP Stephan Rawyler

Seite 11, Internationale Gartenbauausstellung 2017

Ich möchte Sie hier einfach der guten Ordnung halber darauf hinweisen, dass die Gartenbauausstellung dahin gefallen ist. Was natürlich bleibt, ist die Einbindung des Projekts im Agglomerationsprogramm, was Sie heute gehört haben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt Geld von Bern bekommen, aber nur für die Planung. Wir bekommen also kein Geld für die baulichen Massnahmen.



Die vorberatende einwohnerrätliche Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat den geänderten Anträgen wie folgt zuzustimmen:

Anträge:

1. Für die Neugestaltung des Ortszentrums im Bereich Industrie-, innere Zentral- und Wildenstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit in der Höhe von (neu) Fr. 3'244'000.00 bewilligt, der über die Dauer von 25 Jahren linear abgeschrieben wird. Dieser Kredit basiert auf dem Stand des Zürcher Baukostenindex vom April 2006 mit 111.9 Punkten (Basis April 1998 gleich 100 Punkte) und wird bei einer Änderung dieses Indexes oder einer Änderung des Mehrwertsteuersatzes entsprechend angepasst.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

2. Der Bericht über die gebundenen Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenunterhalt und der Sanierung der Werkleitungen im Bereich Industrie-, innere Zentral- und Wildenstrasse wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht gemäss Art. 11 Ziff. 3 lit. g der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem obligatorischen Referendum.

ER Jakob Walter (SP)

Ich möchte hier gerne noch ein paar Worte zur Abstimmungsbotschaft sagen. Wenn man sich in der Bevölkerung umhört, dann herrscht von Begeisterung keine Spur für diese Vorlage. Es wäre wichtig, in der Abstimmungsbotschaft zu zeigen, was die Bevölkerung damit bekommt. Kurzinformation finde ich sehr gut. Jener Teil, der vom Landschaftsarchitekten geschrieben wurden, springt einem nicht an und ist "Fachchinesisch" und macht überhaupt keine Freude, es zu lesen oder ein Bauprojekt schmackhaft zu machen, auf das man sich eigentlich freuen sollte. Ich empfehle dem Gemeinderat deshalb sehr, diese Botschaft nochmals zu überarbeiten oder den



Bericht den Architekturbüros in einen Anhang, mit möglichst kleiner Schrift zu verdonnern und die Botschaft selber damit zu beginnen, dass Neuhausen mehrere Problem hat und wir haben hier eine Vorlage, mit der all dieser Probleme angegangen werden können und hoffentlich sogar lösen. Das ist z.B. der Strassenbelag, das sind erneuerungsbedürftige Werkleitungen, das ist eine stromfressende Beleuchtung, das sind die privaten Autorennen, die abends stattfinden, das ist Sicherheit für die Schulkinder und Personen, die am Einkaufen sind, das sind enge Trottoir und das ist ein liebloses Bild. Das alles können wir verbessern. Dann muss der Text noch so sein, dass er vom Durchschnittsbürger verstanden wird. Das erfüllt die Botschaft bis jetzt noch nicht. Ich möchte diese Vorlage möglichst gut verkaufen, dann sie liegt mir auch sehr am Herzen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke ER Jakob Walter (SP) für seine wertvollen Hinweise. Wir nehmen diese sicher sehr gerne auf. Wir werden es sicher nochmals anschauen, ob wir die Botschaft in dieser Richtung verbessern können. Was in Ihrer Botschaft auf jeden Fall noch fehlt, sind die optischen Darstellungen. Es ist momentan noch ein Grafiker daran, alles zu visualisieren. Wir nehmen diese Hinweise sehr gerne entgegen und wir freuen uns auch, wenn Sie uns alle in diesem Abstimmungskampf unterstützen können. Es wird sicher nicht leicht!

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Revision der Bestattungs- und Friedhofverordnung

ER Willi Josel (SVP)

Wir haben den Auftrag von Ihnen erhalten, die Friedhofverordnung durchzuarbeiten. Ich kann Ihnen sagen, wir haben sehr viel Gutes darin gefunden und wir sind zu einem Ergebnis gekommen. Sie haben das vor sich liegen. Einige Bemerkungen im Telegrammstil möchte ich doch noch an Sie machen. Der Übertritt vom Leben zum Tod steht uns allen bevor und es ist bedeutsam und daher muss man hier mit Würde vorgehen. Das bedeutet aber auch, dass Regeln einzuhalten sind und das Regeln aufzustellen sind um dies tun zu können. Sie wissen im Vorfeld haben die Kirchen einige Ideen eingebracht. Ich habe dann mit diesen im Vorfeld Kontakt aufgenommen und ich denke, wir haben einiges einfließen lassen und es waren sehr angenehme Gespräche und es hat für beide Seiten etwas gebracht. Es ist nicht die einzige Kirchenverordnung, die wir hier haben, es gibt noch eine kantonale Verordnung. Darin sind die Pflichten beider Seiten geregelt, die der Angehörigen und der Gemeinde selbst geregelt und die Rechten beider Seiten und es sind darin in Artikel 5 die Leistungen der Gemeinde aufgeführt. Die Kirchen haben weitere Leistungen, die Sie zur Verfügung stellen und wir haben darüber diskutiert, wie kann man das fassen? Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir das hier nicht einbauen. Die Verordnung regelt das, was die Gemeinde zur Verfügung stellt und die sind nicht nur für Mitglieder der Kirche sondern auch für solche, die nicht mehr der Kirche angehören. Wir haben die Anregung gemacht, dass diese drei Landeskirchen Ihre Leistungen in einem Merkblatt zusammenfassen und dann kann das abgegeben werden und ich denke, damit ist dieses Problem gelöst. Ich möchte noch rasch auf einen zweiten Artikel zu sprechen kommen. Das ist Artikel 11 der Verordnung. Die Ausdehnung, wo es darum geht und wo der Wunsch geäußert wurde, es auf die Pfarrpersonen auszudehnen. Jetzt möchte nur noch etwas betonen, wenn Sie in Artikel 11 des Kommissionsberichtes das lesen, dann kann es missverstanden werden und das möchte ich hier berichtigen. Es steht "Auf eine Formulierung, die die Absprache des Zeitpunkts auf Pfarrpersonen ausdehnt, wurde verzichtet. Die Abdankungen können auch durch andere als Pfarrpersonen durchgeführt werden." Hier ist nicht gemeint, dass man jemanden anders holt, denn es gibt auch Leute, die Abdankungen durchführen und nicht der Kirche angehören und deshalb haben wir bewusst das draussen gelassen und wir sind soweit, dass die Angehörigen die Pfarrpersonen zur rechten Zeit informieren, dass diese sich dann auch organisieren können. Artikel 16 zum Gemeinschaftsgrab. Es ist der Wunsch aufgekommen, ein Gemeinschaftsgrab zu machen und



noch den Namen aufzuhängen. Wir haben das diskutiert. Die Antwort des Gemeinderates und auch des beteiligten Fachmannes Pascal Chollet vom Friedhof war: Wir haben den Platz nicht! Trotzdem hat GR Patrick Strasser gesagt, er wäre bereit, ein Postulat entgegenzunehmen und Sie sehen die Kommissionsmitglieder haben gemeinsam ein Postulat unterzeichnet und ER Ueli Furrer (ÖBS) hat es übernommen, als Erstunterzeichner dafür einzustehen. Zum Artikel 22 komme ich dann noch zurück. Da wird noch etwas kommen. Wir haben auch über andere Religionen gesprochen und es wurde ja gesagt, ob man anderen Ritualen entsprechend etwas bieten könnte. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es wirklich sehr viel Religionen gibt und innerhalb dieser noch viele Glaubensrichtungen. Es gibt immer unterschiedliche Vorgaben. Wir haben die Vorgabe vom Kanton, dass innerhalb von 36 Stunden keine Beerdigung durchgeführt werden darf. Umgekehrt ist es in der jüdischen Religion, da muss man das vorher machen. Es ist nicht möglich, allen Religionen eine Form zu bieten. Die Religionsfreiheit ist ein Anspruch, aber wo so viele Formen sind, kann es nicht als machbar gesehen werden, alle diesen Wünschen gerecht zu werden. Die Kommission meint, es ist kein Verstoss gegen die Religionsfreiheit, wenn man nicht allen Wünschen gerecht werden kann. Toleranz darf man auch von den Religionen erwarten. Ich danke Ihnen für die gute Kommissionsarbeit und auch Pascal Chollet, der einen Abend geopfert hat und dem Gemeinderat für die kommende Annahme der Petition und der Kollegenschaft für die gute konstruktive Zusammenarbeit.

Eintretensdebatte:

ER Priska Weber (SP)

Die Kommission war sehr hilfreich, konnten wir so doch die Missverständnisse zwischen Kirche, Staat und Volk aus dem Wege räumen. Anregungen sind entgegen genommen worden und die Fragen wurden beantwortet. Und so sind wir von dannen in Frieden gegangen. Einzig ein Wehrmutstropfen bleibt, die Kommunikation zwischen Computer und Mensch steht noch immer nicht zum Besten. In der Eile wurde wohl auf eine nicht korrigierte Version der Bestattungs- und Friedhofverordnung gegriffen. Viele Komma, Punkte und Schreibfehler hat diese Version noch. Zu Weihnachten wünschen wir uns, dass vermehrt auf eine bessere Zusammenarbeit mit dem Computer geachtet wird. Die SP stimmt dem Antrag zur Bestattungs- und Friedhofverordnung zu.



ER Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP dankt dem Präsidenten für den ausführlichen und gut verfassten Kommissionsbericht. Es ist praktisch alles gesagt. Die Anliegen aus kirchlichen Kreisen wurden in der Kommission eingehend diskutiert und teilweise berücksichtigt. Einige der Anliegen waren rein organisatorischer Natur oder eine Frage der Absprache in Zusammenarbeit mit anderen Gremien und es wäre hier falsch gewesen, das über die Verordnung regeln zu wollen. Wir hoffen, dass die Beteiligten miteinander vermehrt kommunizieren und für einen reibungslosen Ablauf besorgt sind. Die CVP wird auf die Vorlage der Kommission eintreten und ihr zustimmen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Die FDP wird auch auf die Vorlage eintreten und zustimmen. Meine Vorredner haben alles gesagt. Das Angebot, wenn Sie dann noch dem nächsten Traktandum zustimmen, wird sehr breit sein, wenn Sie dann mal auf unserem Friedhof liegen können und es war eine angenehme Kommissionsarbeit und man ist da sehr ins Detail gegangen.

GR Patrick Strasser

Ich möchte den Fraktionen danken für die freundliche Aufnahme der Vorlage. Ich möchte auch Kommissionspräsident ER Willi Josel (SVP) für seine Arbeit danken. Er hat auch die wichtigsten Punkte in seiner vorgängigen Ausführung sehr gut zusammengefasst. Ich gehe deshalb nicht mehr im Detail darauf ein. Ich kann der SP versichern, dass die Verordnung, bevor sie ins Neuhauser Rechtsbuch aufgenommen wird, nochmals redaktionell bearbeitet wird. Das ist ja in der Kompetenz des Gemeinderates, dass Schreibfehler durch den Gemeinderat verbessert werden.

Detailberatung:

GR Patrick Strasser

Artikel 5

Ich stelle keinen Antrag, aber ich möchte sie auf diesen Artikel 5 hinweisen und zwar aus folgendem Grund. Vor einigen Wochen war am Schalter der Bauverwaltung ein aufgebrachter Herr aufzufinden. Ab Schalter der Bauverwaltung deshalb, weil diese die Rechnung für die Kosten, die an die Hinterbliebenen gestellt wird, ausgestellt hat. Dieser Herr war deshalb sehr aufgebracht, weil er gemeint hat, dass es absolut nichts kostet, wenn jemand im Friedhof Neuhausen bestattet wird und der Mann ist deshalb darauf gekommen, weil ihm ein Einwohnerrat gesagt habe, das ist wirklich alles kostenlos. Er hat auch einen Namen gesagt, den ich hier jetzt bewusst nicht nenne. Aber denke Sie daran, es bringt Kosten mit sich, wenn man im Friedhof Neuhausen bestattet wird.

ER Jakob Walter (SP)

Artikel 14

Zur untersten Zeile. Ich bin 1.89 m gross. Ich mache mir Sorgen, dass ich nicht in das hier angegeben Grab 180 x 90 cm passe. Was wird hier gemacht?

GR Patrick Strasser

Über die technischen Details kann ich hier auch nichts Genaues sagen. Ich kann ER Jakob Walter (SP) aber soweit beruhigen, er ist sicher nicht der erste mit diesen Körpermassen, der im Friedhof bestattet wird und es hat sicher für alle Platz.



ER Willi Josel (SVP)

Artikel 22

Das ist der einzige Teil, Absatz 4, den wir gänzlich aus der Verordnung gestrichen haben. Dort wurde versucht eine Regelung einzubringen, die nach unserer Auffassung rechtlich nicht ganz ausreichend war. Der Gemeinde ist es ja möglich, nach der kantonalen Verordnung bestimmte Friedhofsgärtner zu bestimmen, damit nicht jeder dahin kommen kann, das ist richtig. Die Gemeinde wollte ja hineinschreiben, wie Sie das hier sehen, dass man die Arbeiten an die Gemeinde übergeben kann. Die Gemeinde gibt sie weiter an den Gärtner. Wenn es dann soweit ist, dass es Probleme gibt, dann hilft die Gemeinde und vermittelt mit dem Gärtner. Nun gibt es ja die Diskussion "Öffentliches Recht" oder "Privates Recht". Im privaten Recht gibt es einen Entscheid von einem Werkvertrag, der diese Sache betrifft, dann kann es nicht sein, dass man das von der Gemeinde übernimmt, die Mängelrechte, die aber aus einem normalen Werkvertrag entstehen, dann dem Besteller dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Wenn ich einen Werkvertrag abschliesse, dann habe ich gewisse Mängelrechte und nur ich, wenn ich habe den Vertrag abgeschlossen habe. Wenn ich das aber mache und so vorgehe und es der Gemeinde übergebe, dann habe ich keinen Vertrag mit dem Gärtner und ich habe dann auch keine Mängelrechte. So haben wir das gesehen. Wir haben nicht gesagt, dass das nicht funktionieren kann sondern wir wollten dem Gemeinderat, wenn er eine andere Lösung anstrebt, diese Lösung nicht abnehmen, aber diese Fassung haben wir als rechtlich fragwürdig angesehen.

GP Stephan Rawyler

Ich beantrage Ihnen Absatz 4 in Artikel 22 wieder aufzunehmen. Vorweg, das ist ein Revisionsteil, den Sie bei der Teilrevision bereits genehmigt haben und meines Erachtens verhält dies rechtlich sehr wohl. Wir befinden uns nämlich in einem Dreiecksverhältnis. Wir haben die Gärtnerei, wir haben die Gemeinde und wir haben die Person, welche den Auftrag gegeben hat. Zwischen der Gemeinde und der Gärtnerei besteht tatsächlich ein Werkvertrag. Das Mängelrecht kann man nicht zedieren, auch das ist richtig. Aber es nicht natürlich möglich, eine Stellvertretung einzusetzen und derjenige, der den Auftrag der Gemeinde gegeben hat, der wird faktisch zum Stellvertreter der Gemeinde bezüglich der Ausübung vom Mängelrecht und zwar im Sinne einer kumulativen Weise. Selbstverständlich ist auch der Vertretene nach wie vor in der Lage Mängelrechte geltend zu machen aber es kann eben auch der Stellvertreter das geltend machen. Das ist eine Lösung, die



sich wirklich bewährt hat, sonst müssen wir nämlich am Schalter der Zentralverwaltung entscheiden, ob nun wirklich genügend Begonien gepflanzt wurden oder nicht und diese Lösung hat sich sehr gewährt. Ich bitte Sie, diesen Absatz wieder aufzunehmen. Er verhält rechtlich. Da haben wir wirklich keine Bedenken, es geht und wird von der Kundschaft akzeptiert und geschätzt, wenn Sie direkt mit dem Gärtner sprechen können. Das ist auch am einfachsten, denn der Gemeindegassier ist schlechthin nicht in der Lage, ob diese Mängelrüge rechtens oder nicht rechtens ist. Wenn jemand nicht einverstanden ist, wenn also keine Einigung zu Stande kommt, dann ist es klar, derjenige der uns den Auftrag gegeben hat, der kann zu uns kommen und sagen, da läuft etwas schief, da muss die Gemeinde eingreifen. Dann wird sie das auch machen. Aber es ist wirklich eine gute und pragmatische Lösung.

GP Stephan Rawyler möchte folgende Änderung. Die einwohnerrätliche Kommission hat Art. 22 Abs. 4 in ihrem Antrag gestrichen. GP Stephan Rawyler möchte diesen Absatz wieder in die Verordnung aufnehmen und stellt somit folgenden Antrag:

Art. 22 Abs. 4 der Verordnung lautet wie folgt:

Sind Angehörige mit der Bepflanzung nicht einverstanden, haben sie ihre Reklamation direkt bei der von der Gemeinde beauftragten Gärtnerei vorzubringen. Kommt keine Einigung zustande, versucht die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall zu vermitteln.

Die Antrag wird mit 11 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Der Absatz wird somit wieder in die Verordnung aufgenommen.

ER Jakob Walter (SP)

Artikel 28

ER Jakob Walter (SP) möchte folgende Änderung:

Art. 28 letzte Zeile "... in bestimmen Fällen ..." zu streichen.

Der Gemeinderat schliesst sich diesem Antrag an. Der Einwohnerrat ist damit ebenfalls stillschweigend einverstanden.

GR Patrick Strasser

Artikel 30

GR Patrick Strasser möchte folgende Änderung:

Art. 30 am Schluss: "...Teuerung (Basis: Landesindex der Konsumentenpreise Dezember 2005 = 100 %)

Der Einwohnerrat ist damit stillschweigend einverstanden.

Die vorberatende einwohnerrätliche Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat die vorgesehene Fassung mit den aufgeführten Änderungen inkl. obgenanntem Antrag zuzustimmen.

Antrag:

Der Einwohnerrat stimmt der Bestattungs- und Friedhofverordnung zu.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 3 Postulat Ueli Furrer (ÖBS) betreffend Errichtung einer Grabstätte mit Gemeinschafts-Namensplatte

Begründung:

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Wir haben soeben die Bestattungs- und Friedhofverordnung verabschiedet. Dort steht bei Artikel 16 Absatz 6 am Gemeinschaftsgrab sind keine Inschriften und Dauerdekorationen nach der Bestattung möglich. Wir haben in der Kommission diesen Artikel diskutiert und der Antrag war, das Wort "keine" zu streichen, d.h. dass Inschriften möglich sind und ich habe mich dann überzeugen lassen, dass das eine separate Vorlage geben soll. Darum dieses Postulat. Wir haben das nicht einfach in die Verordnung gepackt, aber die ganze Kommission unterstützt eigentlich den Wunsch nach Gemeinschaftsgrab mit Namensplatte. Es geht darum, welche im Gemeinschaftsgrab begraben werden, dass die nicht einfach vergessen gehen oder in die Anonymität gehen. Es soll eine Möglichkeit da sein, den Namen, das Geburts- und Todesdatum oder nur das Jahr irgendwo einzutragen, auf eine Tafel oder eine Platte. Der Friedhofsverantwortliche Pascal Chollet hat auch bereits einen Platz gefunden, wie er mir gesagt. Also das Problem dürfte lösbar sein.

GR Patrick Strasser

Ich habe schon in den Kommissionsberatungen den Kommissionsmitgliedern versprochen, dass ich bereit sei, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Das trifft auch für den Rest des Gemeinderates zu. Es haben auch schon erste Abklärungen stattgefunden, wie dieses Anliegen aufgenommen und im Friedhof Neuhausen umgesetzt werden könnte und einer der Frühlingssitzungen des Einwohnerrates wird dann der Bericht und Antrag betreffend eines Gemeinschaftsgrabes mit Namensplatte.

Diskussion:

ER Priska Weber (SP)

Vielschichtig ist die Menschheit und so deren Wünsche. Aus diesem Grund finden wir, sollte auch das Angebot der Bestattung im Rahmen des Machbaren vielseitig sein. Auch die letzte Bleibe ist den Veränderungen und Wünschen unterlegen. Es wird vermehrt nach einer Bestattung in einem Gemeinschaftsgrab gewünscht, wo aber dennoch der Name des Verstorbenen ersichtlich ist. Die SP denkt fortschrittlich und kann der Überweisung des Postulates zustimmen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Die FDP tut das auch. Wir haben dann ein sehr breites Angebot von Bestattungsmöglichkeiten und es wäre schön, wenn Sie diesem Postulat zustimmen würden.

ER Willi Josel (SVP)

Die SVP stimmt zu.

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP stimmt auch zu.

Der Einwohnerrat erklärt das Postulat mit 19 : 0 Stimmen einstimmig für erheblich und wird an den Gemeinderat überwiesen.

Das Geschäft ist vorerst erledigt.



TRAKTANDUM 4 Nachtrag zum Budget 2008: Bericht und Antrag betreffend Gehaltsrahmen 2008

GP Stephan Rawyler

Vorweg muss ich mich bei Ihnen entschuldigen, dass Sie dieses Papier so spät erhalten haben. Ich habe die relevanten Zahlen selbst erst am Dienstagabend um 17.30 Uhr bekommen. Musst dann den Bericht noch schreiben und anderntags durch den Gemeinderat genehmigen lassen und dann jetzt hier auflegen lassen.

Sie können sich erinnern, dass ich Sie anlässlich der Budgetberatung darauf hingewiesen habe, dass die Personalverbände eine Neuverhandlung des Lohnanstieges 2008 gewünscht haben. Ich habe Ihnen gesagt, dass der Gemeinderat tags zuvor diesem Antrag entsprochen hat und die Personalkommission ist dann auch am 30. November 2007 zusammen gesessen und hat nach intensiver Diskussion sich einigen können um eine Erhöhung der Lohnsumme um 0.2 % gegenüber dem, was Sie bereits genehmigt haben. Damit ist eine Ergänzung Ihres Beschlusses vom 8. November 2007 erforderlich. Sie haben dort in Ziffer 2 ja das Budget genehmigt. Dort war die Lohnsumme damals mit 1.5 % enthalten. Diese müsste nun auf 1.7 % erhöht werden. Ich bin froh, dass wir mit dem Personal eine gütliche Einigung gefunden haben, die seitens des Personals zu befriedigen vermag und andererseits der Gemeinderat das noch als ertragbar angeschaut hat und deshalb diesem Abschluss mit den Personalvertretern zugestimmt hat. Ich bitte Sie, auf diesen Antrag einzutreten und diesem zuzustimmen. Ich bin deshalb auf die heutige Behandlung angewiesen, damit wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitteilen können vor Ende des Jahres, wie ihr Lohn sich 2008 verhalten wird.

Eintretensdebatte/Detailberatung:

ER Peter Gloor (SP)

Wir wissen, dass das, was Sie vorher gesagt haben, richtig ist. Meiner Meinung nach sind die Personalverbände oder Personalvertreter der Gemeinde Neuhausen ein wenig blauäugig gewesen zu diesen 0.2 % zuzustimmen. Unseres Erachtens ist es so, dass wir im Kantonsrat 2.2 % bewilligt



haben im Ganzen. Ich stelle daher den Antrag, dass wir gleichziehen wie im Kanton und die Lohnsumme auf 2.2 % erhöhen. Ich habe hier einen Überblick über die Lohnrunde 2008. Wenn Sie jetzt kommen und den Personalverbänden die Summe um 1.7 % erhöhen, sind Sie nicht einmal bei der Migros. Die gibt nämlich 2.0 % im Gesamten und ich finde es nicht anständig, wenn sich die Personalkommission so schlecht orientiert, dass sich da niemand für die Angestellten in die Presche schlägt. Meines Erachtens sollte als guter Arbeitgeber die 2.2 % gewährt werden. Sonst haben wir in zwei oder drei Jahren einen riesigen Nachholbedarf, denn man weiss heute schon, wie die Teuerung im Oktober mit 1.3 % und im November mit 1.8 % ausgesehen hat. Meines Erachtens ist das schlicht schlechte Verhandlung von den Personalvertretern und nicht kulant. Man kann nicht nur bei einem Weihnachtsapéro oder bei einem Essen das Personal der Gemeinde loben und dann so kleinlich abspeisen. Mein Antrag geht daher, das Gemeindepersonal sei gleich zu behandeln mit 2.2 %, wie es beim Kanton vorgesehen ist. Ich habe beim dieser Abstimmung dem Gemeindepräsidenten zugeschaut im Kantonsrat. Er ist bei 2.2 % im Kantonsrat auch aufgestanden und dann sollten wir auch hier in Neuhausen unserem Personal 2.2 % geben.

ER Felix Tenger (FDP)

Die FDP ist mit der prozentualen Erhöhung sowie mit der Lohnsummenerhöhung soweit einverstanden. Wir sind auch einverstanden mit der Erhöhung des Ferienanspruches, der ja auch mit eingerechnet werden muss, wenn man es als Ganzes anschaut, wobei wir bei den Ferien schon davon ausgehen, dass dafür nicht zusätzliche Stellen bewilligt werden müssen, denn das wäre dann von unserer Seite aus wirklich fatal. Wir hoffen auch, dass es nicht zur Regel wird, dass einmal abgeschlossene Verhandlungen bereits nach wenigen Woche oder Monaten wieder aufgenommen werden und dass wieder neu verhandelt wird. Mit dem Antrag der SP sind wir schon der Meinung, dass wenn die Personalverbände und der Gemeinderat sich geeinigt haben, sich der Einwohnerrat da nicht einmischen soll. Wir schauen in der Gemeinde immer, dass wir gegenüber dem Kanton autonom sind und betonen das auch immer wieder. Weshalb wir hier wieder auf Gleichstellung machen sollen, ist mir unerklärlich. Wir sehen keine Veranlassung, einer weiteren Erhöhung gemäss Antrag ER Peter Gloor (SP) zuzustimmen.



ER Peter Schmid (SVP)

Wir sind davon ausgegangen, dass der im Budget vorgesehene Erhöhungsfaktor von 1.5 % eingehalten wird. Da die Anpassung von 0.2 % aber im vertretbaren Rahmen liegt, stimmen wir einer Erhöhung von total 1.7 % zu. In der Privatwirtschaft träumen wir vom Teuerungsausgleich. Wir können nur Geld ausgeben, das uns gehört und das wir zur Verfügung haben. Dann möchten wir noch darauf hinweisen, dass nicht nur höhere Löhne bezahlt werden. Die Angestellten werden auch noch mit zusätzlichen Ferientagen belohnt, welche eventuell durch zusätzliches Personal kompensiert werden müssen. Es können also noch zusätzliche Lohn- und Nebenkosten anfallen.

ER Thomas Theiler (CVP)

Laut diesem Papier muss ich davon ausgehen, dass die Personalkommission mit Ihrer Forderung zufrieden ist und der Gemeinderat mit dessen Forderung auch zufrieden ist und aufgrund dessen sind wir von der CVP mit diesem Papier auch zufrieden. Ich habe das Gefühl, dass der Einwohnerrat eigentlich nicht zuständig sein sollte, was Personalkommission und die Gewerkschaften mit dem Gemeinderat aushandelt. Wenn jetzt die SP der Meinung ist, dass das Neuhauser Personal zu schlecht wegkommt, dann müssen Sie wohl in der Personalkommission schauen, dass dort die richtigen Leute sitzen, die das fordern, was die Leute zu gute haben.

GP Stephan Rawyler

Ich gehe davon aus, dass Eintreten nicht bestritten ist, auch nicht seitens der SP. Zu diesem Antrag kann ich mich dahingehend äussern, dass die Verhandlungen in Neuhausen am Rheinfall in der Personalkommission stattfinden. Die Personalkommission setzt sich zusammen aus Vertretern der Arbeitnehmerschaft und Vertretern des Gemeinderates und die Personalkommission hat die Aufgabe zu verhandeln. Beide Seiten haben ihre Positionen vertreten und ihre Argumente vorgebracht und wir haben uns dann, wie die anderen Fraktionen zu Recht festgestellt haben auf 1.7 % geeinigt. Hat das Personal schlecht verhandelt? Diesen Eindruck habe ich nicht. Ich wehre mich auch klar gegen den Ausdruck "kleinliches Abspeisen". Das ist jetzt wirklich nicht wahr, denn wir gehen mit unserem Personal gut um, denn wir haben noch einige Punkte, die der Kanton eben nicht hat. Z.B. muss die Kompensationszeit für die Freitage nicht



nachgearbeitet werden, wenn es Minusstunden gibt. Man muss nur ganze Tage nacharbeiten und einen rechten Teil nehmen wir auf unsere eigene Kappe. Das macht doch jedes Jahr einige Franken aus. Dann ist Silvester und der 24. Dezember am Nachmittag jeweils frei. Auf Kosten des Arbeitgebers. Das ist im Kanton nicht so. Das ist nicht einfach nichts! Und das bitte ich auch zu beachten, dass hier eben Unterschiede vorliegen zwischen dem Kanton und der Gemeinde. Hätte schliesslich das Volk gewollt, dass im ganzen Kanton Schaffhausen das gleiche Lohnregime gelten sollte, dann hätte es diese Möglichkeit gehabt, aber es wurde bewusst vom Volk eine Version angenommen bei einer Volksabstimmung, die eben vor sah, dass der Kanton ein eigenes Lohnregime hat, die Stadt hat etwas eigenes und wir haben etwas eigenes. Es kann doch nicht sein, dass wir zuerst unterschiedliche gesetzliche Grundlagen schaffen und nachher ziehen wir gleich mit dem Kanton. Das kann es wirklich nicht sein. Der Lohnanstieg bei Migros mag etwas höher sein. Die Zahlen liegen mir nicht vor, aber ich glaube, was ER Peter Gloor (SP) gesagt hat, aber ich habe nichts gehört, dass die Migros auch einen Ferientag mehr gibt für die Angestellten bis 49. Wir geben einen zusätzlichen Ferientag. Das ist eben auch Nichts. Der Antrag von ER Peter Gloor (SP) würde wiederkehrend schätzungsweise zwischen Fr. 55'000.00 und Fr. 65'000.00 kosten. Sie können sich das ausrechnen, das sind ungefähr Fr. 12'500.00 macht 0.1 % aus und das mal fünf und dann kommt man gut auf Fr. 60'000.00 wiederkehrend jedes Jahr. Da muss ich sagen, das würde dann nun wirklich den Rahmen sprengen, den wir hier machen können. Ich möchte daran erinnern, wir sehen finanziell bei Weitem nicht so gut aus wie der Kanton Schaffhausen. Die Einnahmen des Kantons Schaffhausen sehen viel besser aus. Die Fremdvverschuldung wurde auf Null herabgeschraubt. Wir haben das ja im Kantonsrat auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass da Fremddarlehen frühzeitig zurückbezahlt werden konnten. Wenn Sie unsere Rechnung anschauen mit unserem Finanzplan, dann wächst unser Schuldenberg an und zwar deutlich, weil wir eben notwendige Investitionen machen. Von dort her muss ich sagen, habe ich sehr grosse Mühe, mit einem solchen Antrag von 2.2 %. Ich glaube wir haben mit dem Personal fair verhandelt. Dann darf man sicher auch einen Blick in die Vergangenheit werfen. Nach dem früheren System 0.76 % Teuerungsausgleich nach dem alten System hätte den stolzen Betrag von Fr. 0.00 ergeben, weil es zu wenig gewesen wäre. Es hätte keinen Teuerungsausgleich gegeben und niemand in diesem Saal hätte irgendetwas dagegen machen können oder sich dagegen wehren können. Keinen Teuerungsausgleich! Der normale Stufenanstieg betrug 0.8 %. Da muss ich einfach sagen das neue Lohnsystem ist klar besser und wenn man jetzt immer wieder "herummäkelt", dann muss ich sagen, wir haben nach wie vor sehr konkurrenzfähige Löhne. Wir sehen das auch, wenn wir eine Stelle ausschreiben, dann kommen sehr viele Bewerbungen zu uns. Wohl auf einem Missverständnis beruhend, muss die Argumentation sein, bei einem höheren Lohn von jetzt 2.2 % könnte die Inflation abgedeckt



werden. Das ist natürlich nicht so. Wir haben ja zwei Lohnteile. Der eine ist die generelle Lohnerhöhung. Das ist der Inflationsteil. Wir können nicht über 0.76 % hinausgehen. Die Inflation ist nicht höher per September 2007. Das ist der Index. Wenn wir jetzt mehr Lohn bezahlen, dass geht das in den Teil Individueller Loh, d.h. nach der Qualifikation. 2008 sind wir aber mit dem Index genau wieder auf dem Stand September 2007. Wir haben nicht irgendetwas vorgeholt. Nicht einen Franken. Wir müssen alles nachholen. Wenn wirklich die Inflation so kommt, wie ER Peter Gloor (SP) das befürchtet, dass müssen wir genau gleich nachzahlen. Ich bitte Sie, diesen Antrag der SP abzulehnen und beim gemeinderätlichen Antrag zu bleiben.

ER Peter Gloor (SP) stellt somit folgenden Antrag:

In Ergänzung zu Ziff. 2 des Beschlusses des Einwohnerrates vom 8. November 2007 wird die vom Gemeinderat beeinflussbare Lohnsumme um 0.7 % auf insgesamt 2.2 % erhöht.

Die gemeinderätliche Antrag wird dem Antrag der SP gegenübergestellt und wird mit 7 : 12 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Antrag:

In Ergänzung zu Ziff. 2 des Beschlusses des Einwohnerrates vom 8. November 2007 wird die vom Gemeinderat beeinflussbare Lohnsumme um 0.2 % auf insgesamt 1.7 % erhöht.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 5 Bericht und Antrag betreffend Nachtragskredit Neubau Alterspflege- und Betreuungszentrum Rabenfluh

Dieses Traktandum wird zu Beginn der Sitzung gestrichen und auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

ER Gerhard Schwyn (FDP)

Ich habe hier einen Rückkommensantrag. Ich beantrage das Traktandum 5 Bericht und Antrag betreffend Nachtragskredit Neubau Alterspflege- und Betreuungszentrum Rabenfluh wieder in die Traktandenliste aufgenommen wird ohne dass eine Abstimmung notwendig ist.

Dieses Traktandum wurde meines Erachtens sehr schnell von der Traktandenliste genommen und ich hätte noch eine wichtige Information und noch zwei Fragen dazu. Gehe aber nicht auf den zusätzlichen Nachtragskredit ein.

Beim Rückkommensantrag Artikel 22 der Geschäftsordnung heisst es, dass es mindestens 5 Stimmen für einen Rückkommensantrag braucht.

ER Gerhard Schwyn (FDP) stellt dann im Laufe der Sitzung einen Rückkommensantrag, der mit 5 : 12 Stimmen angenommen wird. (Für ein Rückkommen braucht es mindestens 5 Stimmen).

ER Peter Gloor (SP)

Meines Erachtens ist nur dann ein Rückkommen standhaft, wenn die Traktandenliste abgearbeitet ist. Wir sind jetzt in einer gültigen Traktandenliste und kommen jetzt zu Ziffer 6.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Rückkommen stattgegeben. Das Wort ist frei.



ER Gerhard Schwyn (FDP)

Im Bericht und Antrag, wo ich nur den Bericht anspreche, Punkt 2 Bauausführung, im letzten Absatz heisst es: ... "Die Bauverwaltung und die Baukommissionen waren erschüttert über diese Entwicklung der Baukosten. Der Gemeinderat hat die Bauverwaltung beauftragt, sämtliche erforderlichen rechtlichen Schritte zu prüfen." Bei Punkte 3 Feuerpolizeiliche Massnahmen habe ich ein wenig gestutzt. Ich hätte da eine Bemerkung und dann noch eine Frage. Unter diesem Titel hat sich der Gemeinderat am 21. November 2007, gestützt auf Artikel 28 Abs. 3 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Schaffhausen vom 26. Juni 1998 einen Zusatzkredit in der Höhe von Fr. 270'000.00 bewilligt. Dieser Zusatzkredit wurde damit begründet, dass aufgrund der auf den 01.01.2005 geänderte Brandschutzverordnung zu einer Erhöhung der Baukosten geführt hätte. Feuerpolizeiliche Bedingungen und Auflagen. Ich gehe davon aus, dass Sie Kenntnis darüber haben, dass ich Mitglied der Verwaltungskommission der Kantonalen Gebäudeversicherung bin. Die Mitglieder werden vom Kantonsrat gewählt, daher interessieren mich gesetzliche Änderungen und durch die Verordnung entstehende Konsequenzen. Die im Bericht aufgeführten Argumente unter Punkt 3 Feuerpolizeiliche Massnahmen haben mich irritiert. Der Sachverhalt liegt so und da zitiere ich aufgrund meinen Nachfragen und Abklärungen zwei Herren einerseits Herr Albrecht Schweizer, Direktor der Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausen und andererseits Herr Roland Lütti, kantonaler Brandschutzexperte. "Herr Schwyn, Sie haben völlig Recht, mit der Brandschutzverordnung haben die von Ihnen betraglich erwähnten Mehrkosten mit Sicherheit nichts zu tun. Was geändert hat sind die gesamtschweizerischen Brandschutzvorschriften auf den 01.01.2005. Sie wurden aber eher gemildert als verschärft." Herr Roland Lütti, kantonaler Brandschutzexperte bestätigt ebenfalls wie folgt: "Fakt ist, dass die Änderungen der feuerpolizeilichen Vorschriften keinerlei kostenmässigen Einfluss beim Neubau Altersheim Rabenfluh hatte. Wir haben Brandschutzpläne, datiert vom 15. März 2005, vorliegen, also nach der Einführung des Brandschutzgesetzes bzw. der Verordnung." Anlässlich einer Besprechung vom 5. Juli sagt Herr Roland Lütti weiter: "wurde uns mitgeteilt, dass eine neue redimensionierte Baueingabe vorbereitet wird. Die Baubewilligung wurde am 12. August 2005 vom Baudepartement erteilt. Somit hätten, falls überhaupt, Mehrkosten bereits zu diesem Zeitpunkt festgestellt werden können." Jetzt frage ich mich, meine Damen und Herren und diese Frage gebe ich an den Gemeinderat weiter: War denn damals durch den damals durch den Einwohnerrat bewilligten Bruttokredit von Fr. 13.9 Mio. die Kosten für den Brandschutz nicht enthalten? Ich denke, dass die Kosten wohl in der Vorlage für die Abstimmung, die ja auf dem Projekt des



Architekturbüros Frei & Ehrensperger Architekten GmbH, Zürich basierte, enthalten waren, denn sonst wäre dies ja gar nicht korrekt gewesen und der regelmässige Kontakt in der Projektierungsphase mit den kantonalen Brandschutzorganen wurde mir bestätigt. Die zweite Frage: Aufgrund welchen finanziell dokumentierten Grundlagen bewilligte sich der Gemeinderat einen Betrag von Fr. 270'000.00? Wohl kaum nur aufgrund der Kenntnisse einer Gesetzes- und Verordnungsänderung im Brandschutz, die zufällig vom Datum her zur Situation passt? Ich vermute stark, dass hier ein Vorwand für die Kostensteigerung gesucht wurde. Der Brandschutz darf hier nicht als Sündenbock hergehalten werden. Die letzte Frage sei mir auch erlaubt: Für welche bauliche Investitionen wurden die Fr. 270'000.00 verwendet?

GR Franz Baumann

Ich nehme jetzt die Stellungnahme von ER Gerhard Schwyn (FDP) etwas erstaunt entgegen. Wir haben diesen Antrag nicht einfach aus dem Bauch hinaus gemacht. Er wurde uns gemacht von der Kostenkontrolle resp. vom Architekten und ich bin im Moment nicht in der Lage das zu beantworten. Ich nehme das gerne entgegen und wir werden das prüfen.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 6 Bericht und Antrag betreffend Deutsch für Mütter, Integrationskurse in der Schule Neuhausen am Rheinfall

Eintretensdebatte

ER Christian Schwyn (SVP)

Die SVP ist für Eintreten. Wir werden in der Detailberatung noch einen Gegenantrag stellen.

ER Felix Tenger (FDP)

Die FDP ist ebenfalls für Eintreten. Wir messen der Integration eine sehr grosse Bedeutung zu und die FDP hat ja auch auf verschiedenen Ebenen immer wieder entsprechende Vorstösse eingereicht. Wir finden die Integrationskurse, wie sie hier abgebildet werden eine gute Sache, da die Teilnehmer ja auch einen Teil der Kosten selber berappen müssen. Es ist auch ein Engagement der Leute gewährleistet und die Leute, die ich kennen gelernt haben, die diese Kurse besuchen, machen mir wirklich einen sehr motivierten Eindruck. Es heisst ja immer fordern und fördern und das ist hier gegeben. Die FDP ist für Eintreten und wir entsprechend zustimmen.

ER Nil Yilmaz (SP)

Es ist sehr erfreulich, dass die Damen aus verschiedenen Nationen so viel Interesse an diesem Deutschkurs zeigen. Es zeigt auch, dass der Wille, eine Landessprache zu erlernen, da ist. Zu begrüssen ist es, dass sich die Teilnehmerinnen mit einem Betrag von Fr. 160.00 pro Semester an den Kosten beteiligen. Neben der Sprache zu erlernen ist es für die Damen ebenso wichtig die Hemmungen und die Berührungängste gegenüber Schulen und Lehrern abzubauen. Durch die Deutschkurse entstehen neue soziale Kontakte und ein Netzwerk, welches die Integration nachhaltig für die Zukunft fördern wird. Denn nur wer die Sprache des Landes beherrscht, in das man eingewandert ist, wird auch von der einheimischen Gesellschaft mit der Zeit akzeptiert. Davon bin ich überzeugt. Ich hoffe, dass die neu erlernte Landessprache grössere Brücken zwischen den



verschiedenen Kulturen schlagen wird. Diese Kurse sind eine langfristige Investition. Daher ist die SP für Eintreten und wird den Antrag annehmen.

ER Beat Gruber (CVP)

Die CVP Fraktion hat über diesen Antrag beraten und ihn für gut befunden. Wir werden dem Antrag zustimmen.

GR Franziska Brenn

Ich danke Ihnen für die wohlwollende Aufnahme dieses Antrages. Der Fokus wurde jetzt vor allem auf die Sprache gesetzt. Ich danke, das ist auch das primäre Ziel. Sie lernen auch verschiedene Aufgaben im Auftrag, z.B. Gespräche mit dem Lehrer, wie gehe ich zum Arzt mit dem Kind, verschiedene Stellen stellen sich vor. Nächstes Mal kommt der Schulinspektor und stellt das Schulsystem vor. Ich war schon dort und habe unser System der Gemeinde vorgestellt. Es ist wirklich noch weit reichender als die Sprache.

ER Walter Herrmann (FDP)

Sie haben ja gehört, die FDP Fraktion ist für Eintreten und zustimmen. Ich bin vielleicht nicht ganz befriedigt. Ich vermisse die Mütter aus dem traditionellen fundamentalen Islam (Kopftuch). Gerade diese Mütter anzusprechen wäre für diesen Kurs sehr wichtig, da diese zu einem grossen Teil neben unserer Gesellschaft daher leben.

GR Franziska Brenn

Da muss ich ER Walter Herrmann (FDP) widersprechen. Ich will jetzt überhaupt nicht sagen, dass da Mütter nicht auch in diesem Kurs sind, die aus dem fundamentalistischen Islam kommen. In der Runde selbst tragen sie kein Kopftuch, da die Frauen unter sich sind. Ich bin mir nicht sicher, ob sie das Kopftuch wieder anziehen, wenn sie auf der Strasse sind. Es hat ein sehr breites Spektrum von Müttern, die dabei sind. Da will ich gar nicht ausschliessen, dass auch solche Frauen dabei



sind. Sie haben auch die Väter miteinbezogen. Am 6. Dezember haben sie einen Samichlausabend organisiert. Da waren dann die Väter auch für einmal dabei. Sonst sind sie aber ausgeschlossen von diesen Kursen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Da waren dann die Kopftücher oben? Ich denke einfach, man muss noch etwas daran arbeiten, dass auch diese Mütter an diese Kurse kommen.

GR Franziska Brenn

Es hat sicher sehr viele Mütter dabei, die sonst keinen Kurs besuchen würden.

ER Nil Yilmaz (SP)

Ich wehre mich vehement dagegen, dass der Islam, dem ich auch angehöre, als fundamentalistisch bezeichnet wird. Es heisst nicht, dass wenn man zu dieser Religionsgruppe gehört, man automatisch ein Kopftuch trägt. Ich gehöre zu dieser Religionsgruppe und bin nicht fundamentalistisch und trage kein Kopftuch.

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich glaube das hast Du total falsch verstanden. Es hat da unter den Leuten, die da teilgenommen haben, wohl Angehörige aus dem Islam aber es gibt einen fundamentalistischen Islam und diese Mütter – das behaupte ich – die leben etwas an unserer Gesellschaft vorbei und es wäre schön, wenn diese auch an diesen Kursen teilnehmen könnten. Das war nur eine Bemerkung. Ich habe nichts gegen den Islam. Ich habe nur den Unterschied gemacht und festgestellt, dass diese Gruppe, die das vielleicht etwas fundamentalistischer betreibt, nicht dabei war. Es ist nicht so, wie mir das ER Nil Yilmaz (SP) jetzt vorwirft.



ER Christian Schwyn (SVP)

Wir von der SVP möchten hier einen Gegenantrag stellen und zwar ist es für uns noch zu früh, um endgültig über diese Sprachkurse zu beschliessen. Wir finden das Projekt eine gute Sache aber wir denken, man könnte es befristen bis 2009 und wenn das ja ein gutes Projekt ist, dann ist es sicher auch kein Problem, das Projekt wieder zu verlängern und es gibt sicherlich auch Anpassungen, die nötig sind um es weiterzuführen. In diesem Sinne stellen wir folgenden Gegenantrag:

Die Integrationskurse in der Schule Neuhausen am Rheinfall, Deutsch für Mütter, werden befristet bis Ende 2009 durchgeführt.

Die gemeinderätliche Antrag wird dem Antrag der SVP gegenübergestellt und wird mit 13 : 6 Stimmen angenommen.

Anträge:

1. Die Integrationskurse in der Schule Neuhausen am Rheinfall, Deutsch für Mütter, werden definitiv eingeführt.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

2. Dabei wird ein jährlich wiederkehrender Betrag von Fr. 26'500.00 bewilligt.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Schlussabstimmung:

Die ganze Vorlage wird mit 19 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.



**TRAKTANDUM 7 Beantwortung Interpellation Ueli Furrer (ÖBS) betreffend Baustelle
Zollstrasse: Untauglicher Fussgängerübergang**

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Ich beantrage Verschiebung des Traktandums 7 auf die nächste Sitzung wegen fortgeschrittener Zeit.

Die Verschiebung wird mit 19 : 0 angenommen.

Das Geschäft ist auf die nächste Sitzung verschoben.



TRAKTANDUM 8 Wahlen für den Rest der Amtsperiode 2005 – 2008:

- a) eines Mitglieds der Bürgerkommission
 - b) einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers
-

a) eines Mitglieds der Bürgerkommission

ER Jakob Walter (SP)

Im Namen der SP Fraktion empfehle ich Ihnen Frau Erika Führer zur Wahl. Ich lese den Lebenslauf aus Zeitgründen nicht vor. Die Fraktionspräsidenten haben ihn bekommen und für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und wenn alles klar ist, ist das umso besser.

Frau Erika Führer wird einstimmig als Mitglied der Bürgerkommission für das Jahr 2008 gewählt.

b) einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers

ER Jakob Walter (SP)

Es handelt sich um einen Ersatz für Walter Rutz, dem es so schlecht geht, dass er sich nicht einmal abmelden konnte, dass er aus diesem Amt ausscheidet. Wir schlagen Ihnen Erwin Schwarzer vor, der ja auch schon im Einwohnerrat war. Die Älteren unter uns kennen ihn. Er hat genug Zeit und ist Pflicht bewusst und hat sich bereit erklärt, um für den Rest der Amtsdauer einzuspringen.

Wahlresultat:

Stimmberechtigte	19
Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	19
Maximalstimmen	19
Leere Stimmen	0
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	19
Absolutes Mehr	10

Es haben Stimmen erhalten:

Erwin Schwarzer	19	gewählt
Vereinzelte	0	

Das Geschäft ist erledigt.

**TRAKTANDUM 9 Wahlen für das Jahr 2008:**

- a) **der Präsidentin / des Präsidenten**
 - b) **der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten**
-

ER Willi Josel (SVP)

Die Ereignisse in Bern haben die SVP Neuhausen in grossem Masse enttäuscht. Das Verhalten gewisser Parteikreise missbilligen wir zutiefst. Die demokratisch durchgeführten Wahlen haben auch wir zu akzeptieren und tun dies auch. Wir haben uns immer dazu bekannt auf der Ebene der Gemeinde die parteipolitischen Querelen in Kanton und Bund in Neuhausen nicht wirksam werden zu lassen, sie auszublenden und nach rein sachlich begründeten Entscheiden zu streben. Auch in Zukunft wird es grundsätzlich als Ziel gelten. Der heutige Wahntag ist für die zu wählenden einen Ehrentag. Würden wir unserer Enttäuschung so Ausdruck verleihen und unser Wahlverhalten auf das gestrige ausrichten, würde dies nicht unserer Fairness gegenüber dem Kandidaten entsprechen. Für diese ist der heute Tag einen Ehrentag, auch ein Tag der Freude. Die SVP will den beiden Kandidaten diesen Freudentag von Herzen gönnen. Sie werden deshalb mit den Stimmen der SVP in ihr Amt gewählt

ER Jakob Walter (SP)

Im Auftrag und im Namen der SP Fraktion schlage ich als Präsident fürs nächste Jahr Dr. Ernst Schläpfer. Sie kennen ihn und Sie wissen, dass er jetzt ein Jahr lang an der Front von Rolf Forster lernen konnte, wie man das macht und ich bin sicher, dass er das im nächsten Jahr gut machen wird.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Er war ein guter Lehrmeister!!!

**a) der Präsidentin / des Präsidenten für 2008**

Wahlresultat:

Stimmberechtigte	19
Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	19
Maximalstimmen	19
Leere Stimmen	2
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	17
Absolutes Mehr	9

Es haben Stimmen erhalten:

Dr. Ernst Schläpfer	SP	17	gewählt
Vereinzelte		0	

ER Thomas Theiler (CVP)

Ich möchte Ihnen Christian Di Ronco als Vizepräsident für das Jahr 2008 vorschlagen. Christian Di Ronco ist auch schon einige Jahre dabei und kennt den Betrieb im Einwohnerrat. Ich schlage ihn deshalb zur Wahl vor.

b) der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten für 2008

Wahlresultat:

Stimmberechtigte	19
Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	19
Maximalstimmen	19
Leere Stimmen	4
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	15
Absolutes Mehr	8

Es haben Stimmen erhalten:

Christian Di Ronco	CVP	14	gewählt
Vereinzelte		1	

Das Geschäft ist erledigt.



ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Wir sehen uns alle wieder im neuen Jahr am 25. Januar 2008 unter neuer Führung. Wir treffen uns alle nachher noch zur Wahlfeier und gemütlichen Beisammensein im Restaurant Metropol. Die Sitzung ist geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Rolf Forster
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin